

**VPV Allgemeine Versicherungs-
Aktiengesellschaft**

**Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR)
2017**



Der Vorsorgeberater seit 1827

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	4
Zusammenfassung	6
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.....	9
A.1 Geschäftstätigkeit	9
A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis	11
A.3 Anlageergebnis	17
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	18
A.5 Sonstige Angaben	18
B. Governance-System	19
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	19
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit	25
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.....	27
B.4 Internes Kontrollsystem.....	33
B.5 Funktion der internen Revision	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	35
B.7 Outsourcing.....	37
B.8 Sonstige Angaben	39
C. Risikoprofil.....	41
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	41
C.2 Marktrisiko	44
C.3 Kreditrisiko.....	47
C.4 Liquiditätsrisiko	48
C.5 Operationelles Risiko.....	48
C.6 Andere wesentliche Risiken	49
C.7 Sonstige Angaben	50
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	51
D.1 Vermögenswerte.....	51
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	57
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	60
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	63
D.5 Sonstige Angaben	65
E. Kapitalmanagement	66
E.1 Eigenmittel	66
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	69
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen.....	70
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	70

Inhalt

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	70
E.6 Sonstige Angaben	70
Anhang.....	71

Abkürzungsverzeichnis

ALM	Asset Liability Management: <i>Aktiv-Passiv-Steuerung</i>
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BE	Best Estimate: <i>bester Schätzwert</i>
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement: <i>Basissolvvenzkapitalanforderung</i>
CCO	Chief Compliance Officer
CRO	Chief Risk Officer
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung
DCF	Discounted Cash Flow: <i>abgezinster Zahlungsstrom</i>
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority: <i>Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung</i>
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards: <i>Internationale Rechnungslegungsstandards</i>
IKS	Internes Kontrollsystem
LoB	Line(s) of Business: <i>Geschäftsbereich(e)</i>
MBSL	Mehrbranchen-Stop-Loss
MCR	Minimum Capital Requirement: <i>Mindestkapitalanforderung</i>
MFP	Mittelfristplanung
NAV	Net-Asset-Value: <i>ökonomisches Eigenkapital</i>
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment: <i>Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</i>
PUC	Projected Unit Credit Methode: <i>Anwartschaftsbarwertverfahren</i>
QRT	Quantitative Reporting Template: <i>Quantitatives Berichtsformat</i>
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
RMS	Risikomanagementsystem
RückAbzinsV	Rückstellungsabzinsungsverordnung
s. a. G.	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
SAA	Strategische Asset Allocation
SCR	Solvency Capital Requirement: <i>Solvvenzkapitalanforderung</i>
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
VA	Volatility Adjustment: <i>Volatilitätsanpassung</i>
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VPV/VPV-SAG	VPV Allgemeine Versicherungs-AG
VPV-Gruppe	VPV Versicherungsgruppe
VPV-Holding	VPV Holding AG
VPV-LAG	VPV Lebensversicherungs-AG
VPV-MAG	Vereinigte Post. Die Makler-AG
VPV-Service	VPV Service GmbH
VPV-Vermittlung	VPV Vermittlungs-GmbH
VPV-VVaG	Vereinigte Postversicherung VVaG
vt.	versicherungstechnisch
ZRC	Zentrales Risikocontrolling

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Werden für gleiche Positionen unterschiedliche Bezeichnungen im HGB- und Solvency II-Abschluss verwendet, wird in den Überschriften die an HGB-Bilanz angelehnte Bezeichnung in eckige Klammern gesetzt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Zusammenfassung

Die VPV Allgemeine Versicherungs-AG (VPV-SAG) betreibt in unveränderter Beteiligungsstruktur und in unveränderter Form das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft in Deutschland. Die Geschäftsbereiche sind wie bisher im Wesentlichen Verbundene Hausrat- und Wohngebäudeversicherungen (Sachversicherungen), Allgemeine Haftpflichtversicherungen sowie Unfallversicherungen nach Art der Nicht-Leben sowie nach Art der Leben. Verpflichtungen nach Art der Lebensversicherung wurden im Berichtsjahr differenzierter betrachtet und die Geschäftsbereiche (LoB) um LoB 29 sowie LoB 34 erweitert dargestellt.

Das versicherungstechnische Geschäftsergebnis (netto) [A.2] ging im Vergleich zum Vorjahr um 3.292 TEUR zurück. Das Vorjahr war von einem überdurchschnittlich guten Schadenverlauf geprägt. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2016 eine Auflösung der Rückstellung für drohende Verluste.

Das Anlageergebnis [A.3] liegt mit 2.850 TEUR leicht über dem Niveau des Vorjahres, was u.a. auf Erträge aus Sicherungsgeschäften zurückzuführen ist.

Die Entwicklung der sonstigen Tätigkeiten [A.4] ist im Jahr 2017 wesentlich geprägt durch verrechnete Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von 822 TEUR. Sie sind gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Sowohl beim Governance-System allgemein [B.1] als auch hinsichtlich der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit [B.2] gab es keine wesentlichen Änderungen.

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) unterstützt den Gesamtvorstand sowie alle anderen Bereiche bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagements [B.3]. Die uRCF überwacht das Gesamtrisikoprofil der VPV-SAG. Sie führt dabei folgende Phasen und Prozesse durch: Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung und Kontrolle sowie Berichterstattung. Sie schlägt Limite vor, überwacht diese und beurteilt geplante Strategien unter Risikoaspekten. Die Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung wird ebenfalls von der uRCF koordiniert. Im Berichtszeitraum ergaben sich keine wesentlichen Änderungen.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) [B.4] der VPV dient der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs und der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen durch interne Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen. Die Compliance-Funktion der VPV stellt sicher, dass sich Organmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiter rechtskonform und entsprechend den Unternehmenswerten verhalten.

Der Inhaber der Funktion der internen Revision hat im Laufe des Jahres 2017 gewechselt [B.5]. Der Prüfungsplan 2017 wurde eingehalten und es haben sich keine Planänderungen ergeben. Die im Jahr 2017 durchgeführten Prüfungen ergaben keine wesentlichen oder schwerwiegenden Feststellungen. Im Anschluss an eine Prüfung wurden festgestellte Maßnahmen dokumentiert. Die Maßnahmenumsetzung wird durch die Interne Revision nachgehalten und es wird regelmäßig darüber an den Vorstand berichtet.

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) [B.6.] der VPV-SAG übt ihre Tätigkeit gemäß der für die VPV Versicherungen geltenden Leitlinie für die VMF aus. Zu den vier Berichtsgegenständen der VMF, nämlich Berechnung der Technischen Rückstellungen, Zeichnungs- und Annahmepolitik, Rückversicherung und Mitwirkung beim Risikomanagement hat die VMF in ihrem jährlichen Bericht Stellung genommen.

Für die Ausgliederungsvorgänge [B.7] der VPV-SAG werden Verträge mit entsprechenden Regelungen zur Begrenzung etwaiger Risiken sowie ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt. Die mit den Ausgliederungen einhergehenden Risiken werden zudem im internen Kontrollsystem (IKS) der VPV überwacht. Im Berichtszeitraum gab es keine Änderungen.

Das versicherungstechnische Risiko [C.1] dominiert insgesamt das Risikoprofil der VPV-SAG. Im Produktportfolio der VPV-SAG ist der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen gemessen an den Bruttobeiträgen mit 60 % stark repräsentiert. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Versicherungszweige Verbundene Hausratversicherung und Verbundene Wohngebäudeversicherung. Die Allgemeine Unfallversicherung sowie die Allgemeine Haftpflichtversicherung stellen ebenfalls bedeutende Geschäftsbereiche der VPV dar. Die Bewertung des versicherungstechnischen Risikos erfolgt anhand verschiedener statistischer sowie aktuarieller Auswertungen der aktuellen sowie vergangenen Geschäftsjahreskennzahlen zu Beitragseinnahmen, Schadenzahlungen und der Entwicklung der Rückstellungen. Die VPV verfügt zudem über ein Risikomodell zur detaillierten Analyse des versicherungstechnischen Risikos, das ergänzend zu den Auswertungen anhand der Standardformel unter Solvency II eine bessere Sicht über das versicherungstechnische Risikoprofil ermöglicht. Den größten Anteil des versicherungstechnischen Risikos stellt das Naturkatastrophenrisiko dar, am stärksten wirken sich hierbei Sturmgefahren aus. Dieses Risiko könnte ggf. kurzfristig durch Rückversicherungszukauf gemindert werden. Auch das Prämien- und Reserverisiko im Bereich Nicht-Leben sowie im Bereich Kranken nach Art der Nicht-Leben ist wesentlich. Den Risiken aus der Prämienkalkulation und der Reservierung begegnet die VPV-SAG grundsätzlich durch den Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren sowie durch eine sorgfältige Produktentwicklung, eingehende Risikoprüfungen aller Versicherungsanträge und Sicherheitszuschlägen in den Prämien. Die Risiken Kranken nach Art der Leben stammen aus den VPV Vital-Produkten. Einen zentralen Aspekt der Solvenzsituation der VPV-SAG stellt der umfangreiche Rückversicherungsschutz dar. Die Rückversicherung wird hinsichtlich ihrer Wirkung regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Dabei wird stets auf eine sehr gute Bonität der Rückversicherer geachtet.

Das Marktrisiko [C.2] nimmt nach dem versicherungstechnischen Risiko den größten Bestandteil des Risikos der VPV-SAG ein. Den Marktrisiken begegnet die VPV-SAG im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von Asset Liability Management-Studien und der Strategischen Asset Allocation überprüft wird. Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV mit den Marktrisiken gewährleisten insgesamt den Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen damit konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV.

Hinsichtlich des Kreditrisikos [C.3] wird ausschließlich auf das Gegenparteiausfallrisiko eingegangen, da das Spread-Risiko sowie das Marktkonzentrationsrisiko bereits innerhalb des Marktrisikos erfasst werden. Für die VPV besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Forderungen gegenüber Rückversicherern, bei Derivaten und Bankguthaben sowie gegenüber Versicherungsnehmern.

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV-SAG ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann [C.4]. Durch die jährlich durchgeführten ALM-Studien, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen und insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können.

Den operationellen Risiken [C.5] begegnet die VPV-SAG mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement und einem konzernweiten Vorsorgesystem. Es setzt sich aus einem webbasierten IKS, den systemseitigen Sicherungen und einem Business Continuity Managementsystem zusammen. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft.

Andere wesentliche Risiken [C.6] bestehen für die VPV-SAG in Form von strategischen Risiken sowie Reputationsrisiken. Die VPV ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen Risiken im konzernweitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen im Rahmen dieses Prozesses einer regelmäßigen Überprüfung.

Im Kapitel [D.1] werden für die Vermögenswerte die unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB gegenübergestellt. Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist dabei mit einem Anteil von über 85 % der Marktwerte durch Anleihen gegeben. Dabei werden für liquide börsennotierte Anleihen in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt. Insgesamt betragen die Vermögenswerte in der Solvenzbilanz zum Ende des Berichtszeitraums 120.815 TEUR.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen [D.2] setzen sich aus dem Best Estimate - dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen - und der Risikomarge zusammen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen belaufen sich im Berichtsjahr auf 42.632 TEUR, dabei werden weder Long-Term Guarantee- noch Übergangsmaßnahmen angewandt.

Im Kapitel [D.3] werden für die sonstigen Verbindlichkeiten die unterschiedlichen Bewertungsmethoden unter Solvency II und HGB gegenübergestellt. Dabei handelt es sich überwiegend um latente Steuerschulden. Weitere Bilanzpositionen sind Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern.

Über die in den Kapiteln [D.1] bis [D.3] beschriebenen Bewertungsmethoden hinaus liegen keine alternativen Bewertungsmethoden [D.4] vor. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich [D.5].

Das Kapitalmanagement [E] ist Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel der dauerhaften Sicherung des Bestehens und der Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie. Die Geschäftsplanung erstreckt sich über drei Jahre. In diesem Zeitraum laufen keine aktuell vorhandenen Eigenmittelbestandteile aus. Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 58.134 TEUR an Eigenmittel zur Verfügung. Das SCR beträgt im Berichtszeitraum 25.427 TEUR. Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Solvenzquote zum 31.12.2017 beträgt 229 %.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Unternehmen

Name: VPV Allgemeine Versicherungs-AG
Sitz: Stuttgart
Rechtsform: Aktiengesellschaft

Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

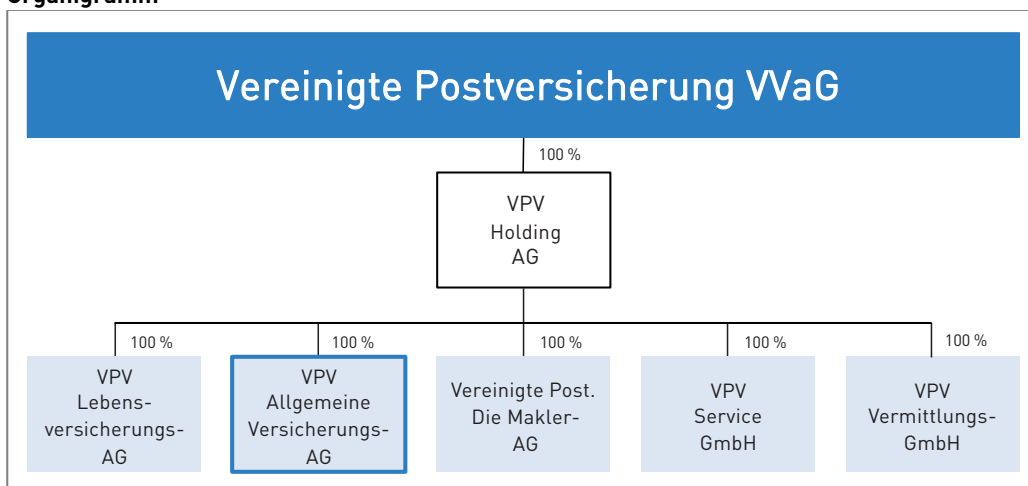
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Wirtschaftsprüfer

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Flughafenstr. 61
70629 Stuttgart

Beteiligungsstruktur

Organigramm



Innerhalb der Gruppe ist die VPV Allgemeine Versicherungs-AG (VPV/VPV-SAG) eine Tochtergesellschaft. In der nachfolgenden Tabelle werden die mit der VPV verbundenen Unternehmen dargestellt. Sie hält zwei eigene Beteiligungen. Dabei handelt es sich um die Kommanditeinlagen an der

Carl C-Immo GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main und an der Carl HR GmbH & Co. KG, München.
Der Anteil am Unternehmenskapital beträgt 1,3563 % und 0,9635 %.

Verbundene Unternehmen

Name und Sitz	Rechtsform	Land	Verflechtung
VPV Vereinigte Postversicherung VVaG, Stuttgart	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	Deutschland	Konzernmutterunternehmen
VPV Holding AG, Stuttgart	Aktiengesellschaft	Deutschland	direktes Mutterunternehmen
VPV Lebensversicherungs-AG, Stuttgart	Aktiengesellschaft	Deutschland	Schwesterunternehmen
Vereinigte Post. Die Makler-AG, Köln	Aktiengesellschaft	Deutschland	Schwesterunternehmen
VPV Vermittlungs-GmbH, Stuttgart	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Deutschland	Schwesterunternehmen
VPV Service GmbH, Stuttgart	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Deutschland	Schwesterunternehmen
VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH, Stuttgart	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Deutschland	Schwesterunternehmen
AFS Allgemeiner Finanz Service GmbH, Güstrow	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Deutschland	Schwesterunternehmen
Carl A-Immo GmbH & Co. KG, München	Kommanditgesellschaft	Deutschland	Schwesterunternehmen

Das Konzernmutterunternehmen VPV Vereinigte Postversicherung VVaG (VPV-VVaG) ist ein Lebensversicherer und an der VPV Holding AG (VPV-Holding) als alleinige Gesellschafterin zu 100 % beteiligt. Die VPV-Holding als Versicherungsholdinggesellschaft besitzt ihrerseits jeweils 100 % der Anteile an den Tochterunternehmen VPV Lebensversicherungs-AG (VPV-LAG) als Lebensversicherungsunternehmen und der VPV-SAG als Nicht-Leben-Versicherungsunternehmen sowie an den Versicherungsbetriebsgesellschaften Vereinigte Post. Die Makler-AG (VPV-MAG), VPV Vermittlungs-GmbH (VPV-Vermittlung), VPV Service GmbH (VPV-Service), VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH und AFS Allgemeiner Finanz Service GmbH. Mit allen Gesellschaften besteht ein Konzernverhältnis.

Die Schwesterunternehmen VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH, AFS Allgemeiner Finanz Service GmbH und Carl A-Immo GmbH & Co. KG sind nicht Teil der Solvency II-Gruppenstruktur.

Geschäftsbereich und Tätigkeitsgebiet

Das Geschäftsgebiet der VPV beschränkt sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Im Wesentlichen wird das Privatkundengeschäft betrieben. Der Bestand der VPV untergliedert sich in die folgenden Geschäftsbereiche (LoB):

Geschäftsbereich (LoB)	
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen	
Berufsunfähigkeitsversicherung	2
Feuer- und andere Sachversicherungen	7
Allgemeine Haftpflichtversicherung	8
Verschiedene finanzielle Verluste	12
Lebensversicherungsverpflichtungen	
Krankenversicherung	29
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	33
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und nicht im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	34

Die nachfolgend aufgeführte Tabelle veranschaulicht die Zuordnung der handelsrechtlichen Versicherungszweige/-arten (Versicherungsbestand) auf die nach Solvency II definierten Geschäftsbereiche:

Versicherungsbestand	Geschäftsbereich (LoB)
Nicht-Leben (außer Kranken)	
Verbundene Hausratversicherung	7
Verbundene Wohngebäudeversicherung	7
Glasversicherung	7
Technische Versicherungen (Elektronikversicherung)	7
Allgemeine Haftpflichtversicherung (ohne Renten in Leistung)	8
Reisegepäckversicherung	12
Arbeitslosigkeitsversicherung	12
Kranken nach Art der Nicht-Leben	
Allgemeine Unfallversicherung (ohne Renten in Leistung)	2
Kranken nach Art der Leben	
Allgemeine Unfallversicherung (nur VPV Vital-Produkte)	29
Allgemeine Unfallversicherung (nur Renten in Leistung)	33
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	
Allgemeine Haftpflichtversicherung (nur Renten in Leistung)	34

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum ereigneten sich keine Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse, die sich wesentlich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

A.2 Versicherungstechnisches Geschäftsergebnis

Versicherungstechnische Ergebnisse auf aggregierter Ebene

Die VPV betreibt das selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft innerhalb Deutschlands. Auslandsgeschäfte sowie in Rückdeckung übernommene Geschäfte bestehen nicht.

Das versicherungstechnische (vt.) Ergebnis der VPV gemäß dem Quantitativen Reporting Template (QRT) S.05.01 beträgt im Berichtsjahr 41 TEUR (Vorjahr: 3.333 TEUR) und leitet sich aus den mit Nummern 1. bis 5. gekennzeichneten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) ab:

Gewinn- und Verlustrechnung Gesamtes Versicherungsgeschäft [TEUR]	2017		2016		Abw.		Vt. Erg. (S.05.01)
	IST		IST		brutto	netto	
	brutto	netto	brutto	netto			
1. Beiträge							
Gebuchte Beiträge	55.140	48.147	51.929	45.898	+3.210	+2.249	1.
Verdiente Beiträge	54.769	47.777	54.318	48.288	+451	-511	1.
2. Technischer Zinsertrag	64	61	79	77	-15	-16	
3. Sonstige vt. Erträge	14	14	16	16	-2	-2	
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	28.335	23.732	27.132	21.505	+1.203	+2.227	2.
5. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen	-1.034	-943	240	267	-1.274	-1.211	4.
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb							
Abschlusskosten	12.369	12.060	14.478	13.059	-2.109	-999	3.
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	0	309	0	1.419	+0	-1.110	3.
Verwaltungskosten	8.752	8.752	8.446	8.446	+307	+307	3.
7. Sonstige vt. Aufwendungen	851	851	798	798	+53	+53	5.
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung	898	898	-1.761	-1.761	+2.659	+2.659	
Versicherungstechnisches Ergebnis	4.403	2.411	2.038	3.080	+2.365	-669	
9. Kapitalanlagenergebnis		2.850		2.690		+160	3.
10. Technischer Zinsertrag		-64		-79		+15	
11. Sonstiges Ergebnis		-1.972		-2.152		+180	3.
12. Außerordentliches Ergebnis		-4		-40		+35	
13. Steuern vom Einkommen/Ertrag		1.467		839		+627	
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		-657		-419		-238	
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung		1.754		2.661		-906	

Hieraus ergeben sich folgende Kenngrößen, die nachstehend für das gesamte Versicherungsgeschäft und den Geschäftsbereichen erläutert werden:

Versicherungstechnisches Ergebnis Gesamtes Versicherungsgeschäft [TEUR]	2017		2016		Abw.	
	IST		IST		brutto	netto
	brutto	netto	brutto	netto		
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	55.140	48.147	51.929	45.898	+3.210	+2.249
Verdiente Prämien	54.769	47.777	54.318	48.288	+451	-511
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	28.335	23.732	27.132	21.505	+1.203	+2.227
3. Kosten						
Abschlusskosten	12.369	12.060	14.478	13.059	-2.109	-999
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	0	309	0	1.419	+0	-1.110
Verwaltungskosten	8.752	8.752	8.446	8.446	+307	+307
Sonstige Kosten	1.398	1.398	1.415	1.415	-17	-17
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen (inkl. Deckungsrückstellung)	-1.034	-943	240	267	-1.274	-1.211
5. Sonstige vt. Aufwendungen	851	851	798	798	+53	+53

Prämienentwicklung

Die Prämienentwicklung war im Berichtsjahr geprägt durch weitere Vertragsumstellungen in das im Vorjahr bereits erfolgreich eingeführte VPV Schutz-Paket (Bündelpolice). Der Zuwachs der gebuchten Bruttoprämien beträgt für das gesamte Versicherungsgeschäft 6,2%. Der starke Anstieg resultierte zum Teil aus der Verschiebung zwischen gebuchten und verdienten Bruttoprämien im

Jahr 2016. Hier lösten die Vertragsumstellungen in das VPV Schutz-Paket in einem hohen Maße die zuschlagsfreie Umstellung der Zahlweise auf „Monatszahler“ aus, was eine entsprechende Auflösung der bilanziell abgrenzten Beitragsüberträge zur Folge hatte.

Nach Abzug der vertraglich auf die Rückversicherung entfallenden Prämienteile und -überträge verbleibt eine verdiente Nettoprämie von 47.777 TEUR (Vorjahr: 48.288 TEUR).

Schadenentwicklung

Der Schadenverlauf der VPV war im Berichtsjahr durchschnittlich bei gleichzeitig gestiegenen Prämieinnahmen. Die Bruttoschadenaufwendungen des gesamten Versicherungsgeschäfts stiegen um 1.203 TEUR auf 28.335 TEUR. Die bilanzielle Bruttoschadenquote beträgt 51,7% (Vorjahr: 50,0%).

Nach Abrechnung der Rückversicherung verbleiben Nettoschadenaufwendungen von 23.732 TEUR (Vorjahr: 21.505 TEUR) mit einer bilanziellen Nettoschadenquote von 49,7% (Vorjahr: 44,5%).

Die Schadenregulierungskosten sind in den Schadenaufwendungen enthalten.

Kostenentwicklung

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungskosten) verringerten sich im Berichtsjahr auf insgesamt 21.121 TEUR gegenüber 22.924 TEUR im Vorjahr. Der deutliche Rückgang resultiert hauptsächlich aus im Vorjahr erhöhten Abschlusskosten aus den Neuabschlüssen und Vertragsumstellungen in das VPV Schutz-Paket. Gemessen an den verdienten Bruttoprämien ergibt sich eine Kostenquote von 38,6% (Vorjahr: 42,2%).

Nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen von 309 TEUR (Vorjahr: 1.419 TEUR) beträgt die Nettokostenquote 43,6% (Vorjahr: 44,5%).

Die Sonstigen Kosten belaufen sich auf 1.398 TEUR (Vorjahr: 1.415 TEUR) und beinhalten Kapitalanlagekosten sowie Kosten für das Unternehmen als Ganzes.

Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen beinhaltet die Deckungsrückstellung, die Rückstellung für drohende Verluste sowie die Stornorückstellung. Die abgesetzten Rückversicherungsanteile werden entsprechend den Rückversicherungsverträgen ermittelt. Die starke Veränderung gegenüber dem Vorjahr von - 1.211 TEUR netto resultiert hauptsächlich aus der 2016 erfolgten Auflösung der Rückstellung für drohende Verluste.

Unter diesem Posten nicht mehr ausgewiesen ist die Schwankungsrückstellung gemäß § 341 h HGB i. V. m. § 29 Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Die sonstigen vt. Aufwendungen beinhalten die Feuerschutzsteuer für Verträge der Verbundene Hausrat- und Wohngebäudeversicherung (nachfolgend in LoB 7 enthalten). Es handelt sich um eine prämienabhängige Unternehmenssteuer von 851 TEUR (Vorjahr: 798 TEUR), die nicht auf die Versicherungsnehmer umgelegt werden kann.

Versicherungstechnische Ergebnisse aufgeschlüsselt nach Geschäftsbereichen

Unfallversicherung [Kranken nach Art der Nicht-Leben und Kranken nach Art der Leben]

Aufgrund der durch die Allgemeine Unfallversicherung nach deutscher Rechnungslegung bestehenden Produktverbundenheit mit Rentenfällen werden die Geschäftsbereiche Kranken nach Art der Nicht-Leben (LoB 2) und Kranken nach Art der Leben (LoB 29 und LoB 33) nachstehend zusammengefasst dargestellt:

Versicherungstechnisches Ergebnis LoB 2, LoB 29, LoB 33 [TEUR]	2017		2016		Abw.	
	IST		IST		brutto	netto
	brutto	netto	brutto	netto		
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	12.147	10.432	11.756	10.309	+391	+123
Verdiente Prämien	12.148	10.433	11.912	10.465	+236	-32
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	2.929	3.139	5.194	2.239	-2.265	+901
3. Kosten						
Abschlusskosten	2.327	2.017	2.432	1.900	-105	+117
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	0	309	0	531	+0	-222
Verwaltungskosten	2.322	2.322	2.328	2.328	-6	-6
Sonstige Kosten	447	447	479	479	-32	-32
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen (inkl. Deckungsrückstellung)	-1.037	-946	-607	-580	-430	-366
5. Sonstige vt. Aufwendungen	0	0	0	0	+0	+0

Die gebuchten Bruttoprämien der Unfallversicherung stiegen im Berichtsjahr auf 12.147 TEUR nach 11.756 TEUR im Vorjahr. Zum Beitragswachstum maßgeblich beigetragen mit einem Wachstum von 5,8% hat wie in den Vorjahren auch das Produkt VPV Vital, eine Unfallversicherung mit funktionaler Invaliditätsabsicherung. Unter Berücksichtigung der Veränderung der Bruttoprämienüberträge sowie der vertraglich auf die Rückversicherung entfallenden Prämienteile und -überträge verbleibt eine verdiente Nettoprämie von 10.433 TEUR (Vorjahr: 10.465 TEUR).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle fielen im Vergleich zum Vorjahr mit insgesamt 2.929 TEUR um 2.265 TEUR deutlich geringer aus. Das sehr hohe Schadenniveau des Vorjahres resultierte aus der Nachreservierung einzelner Großschäden. Die bilanzielle Schadenquote (brutto) beträgt 24,1% im Vergleich zu 43,6% im Vorjahr. Nach Abzug der Rückversicherungsanteile verbleiben Nettoschadenaufwendungen von 3.139 TEUR (Vorjahr: 2.239 TEUR) mit einer bilanziellen Nettoschadenquote von 30,1% (Vorjahr: 21,4%).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungskosten) blieben mit 4.649 TEUR leicht unterhalb des Vorjahresniveaus von 4.760 TEUR. Nach Abzug der in den Rückversicherungsverträgen vereinbarten Provisionen und Gewinnbeteiligungen verbleiben Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 4.339 TEUR (Vorjahr: 4.228 TEUR).

Die Erhöhung der Dotierung der sonstigen vt. Nettorückstellungen um 366 TEUR gegenüber dem Vorjahr betrifft im Wesentlichen die Deckungsrückstellung und resultierte zum Teil aus der Absenkung des Reservierungszinses von 2,25% auf 2,00%.

Haftpflichtversicherung [Nicht-Leben (außer Kranken) und Lebensversicherungsverpflichtungen]

Aufgrund der durch die Allgemeine Haftpflichtversicherung nach deutscher Rechnungslegung bestehenden Produktverbundenheit mit Rentenfällen werden die Geschäftsbereiche Nicht-Leben (außer Kranken) (LoB 8) und Lebensversicherungsverpflichtungen (LoB 34) nachstehend zusammengefasst dargestellt:

Versicherungstechnisches Ergebnis LoB 8, LoB 34 [TEUR]	2017		2016		Abw.	
	IST		IST		brutto	netto
	brutto	netto	brutto	netto		
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	9.056	7.294	8.804	7.422	+252	-127
Verdiente Prämien	9.068	7.306	9.398	8.015	-329	-709
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	5.055	4.019	2.672	3.063	+2.383	+956
3. Kosten						
Abschlusskosten	1.922	1.922	2.331	2.055	-409	-133
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	0	0	0	276	+0	-276
Verwaltungskosten	1.147	1.147	1.105	1.105	+42	+42
Sonstige Kosten	213	213	208	208	+5	+5
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen (inkl. Deckungsrückstellung)	3	3	9	9	-6	-6
5. Sonstige vt. Aufwendungen	0	0	0	0	+0	+0

Die gebuchten Bruttoprämien der Haftpflichtversicherung sind 2017 auf insgesamt 9.056 TEUR gegenüber 8.804 TEUR im Vorjahr gestiegen. Das entspricht einem Prämienzuwachs von 2,9%. Die verdienten Nettobeiträge nach Rückversicherung und Prämienüberträgen betragen 7.306 TEUR (Vorjahr: 8.015 TEUR).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen im Berichtsjahr deutlich um 2.383 TEUR auf 5.055 TEUR. Insbesondere die Reserven für offene Schadenfälle und die damit verbundenen Regulierungskosten fielen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höher aus. Die bilanzielle Bruttoschadenquote beträgt 55,7% nach 28,4% im Vorjahr. Nach Abzug der Anteile der nichtproportionalen Rückversicherung verbleiben Nettoschadenaufwendungen von 4.019 TEUR (Vorjahr: 3.063 TEUR) mit einer bilanziellen Nettoschadenquote von 55,0% (Vorjahr: 38,2%).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungskosten) verminderten sich auf 3.069 TEUR nach 3.436 TEUR im Vorjahr. Der Rückgang begründet sich mit in 2016 erhöhten Abschlusskosten aus den Neuabschlüssen und Vertragsumstellungen in das VPV Schutz-Paket. Unter Berücksichtigung der in den Rückversicherungsverträgen vereinbarten Provisionen und Gewinnbeteiligungen verbleiben Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.069 TEUR (Vorjahr: 3.160 TEUR).

Die Veränderung der übrigen vt. Rückstellungen von 3 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR) betrifft ausschließlich die Stornorückstellung.

Feuer- und andere Sachversicherung [Nicht-Leben (außer Kranken)]

Im Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen (LoB 7) sind die Verbundene Hausratversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung, Glasversicherung und die Technische Versicherung zusammengefasst:

Versicherungstechnisches Ergebnis LoB 7 [TEUR]	2017		2016		Abw.	
	brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	33.909	30.394	31.353	28.151	+2.557	+2.243
Verdiente Prämien	33.527	30.011	32.994	29.792	+533	+219
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	20.347	16.569	19.266	16.203	+1.081	+366
3. Kosten						
Abschlusskosten	8.120	8.120	9.715	9.103	-1.595	-983
Rückversicherungsprovisionen und Gewinnbeteiligungen	0	0	0	611	+0	-611
Verwaltungskosten	5.283	5.283	5.012	5.012	+271	+271
Sonstige Kosten	738	738	728	728	+10	+10
4. Veränderung der sonstigen vt. Rückstellungen (inkl. Deckungsrückstellung)	-1	-1	838	838	-838	-838
5. Sonstige vt. Aufwendungen	851	851	798	798	+53	+53

Die gebuchten Bruttoprämien der Feuer- und andere Sachversicherungen haben sich im Geschäftsjahr um 2.556 TEUR auf 33.909 TEUR erhöht. Der Prämienzuwachs beträgt 8,2% (Vorjahr: -0,5%). Der starke Anstieg ist zum Teil auf die Verschiebung zwischen gebuchten und verdienten Bruttoprämien im Jahr 2016 zurückzuführen. Hier lösten die Vertragsumstellungen in das VPV Schutz-Paket in einem hohen Maße die zuschlagsfreie Umstellung der Zahlweise auf „Monatszahler“ aus, was eine entsprechende Auflösung der bilanziell abgrenzten Beitragsüberträge zur Folge hatte. Unter Berücksichtigung der Veränderung der Bruttoprämienüberträge sowie der vertraglich auf die Rückversicherung entfallenden Prämienteile und -überträge verbleiben verdiente Nettobeiträge von 30.011 TEUR (Vorjahr: 29.792 TEUR).

Nach einem unterdurchschnittlichen Schadenverlauf 2016 verlief 2017 durchschnittlich. So erhöhte sich der Bruttoschadenaufwand von 19.266 TEUR auf 20.347 TEUR. Die bilanzielle Bruttoschadenquote hat sich dadurch ebenfalls erhöht. Sie liegt bei 60,7% gegenüber 58,4% im Vorjahr. Nach Abzug der Rückversicherungsanteile verbleiben Nettoschadenaufwendungen von 16.569 TEUR (Vorjahr: 16.203 TEUR) mit einer bilanziellen Nettoschadenquote von 55,2% (Vorjahr: 54,4%).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Abschluss- und Verwaltungskosten) sind um 1.324 TEUR auf 13.403 TEUR zurückgegangen. Insbesondere fielen die Abschlusskosten aus den Neuabschlüssen und Vertragsumstellungen in das VPV Schutz-Paket im Vergleich zum Einführungsjahr 2016 deutlich geringer aus. Unter Berücksichtigung der in den Rückversicherungsverträgen vereinbarten Provisionen und Gewinnbeteiligungen verbleiben Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 13.403 TEUR (Vorjahr: 14.115 TEUR).

Die Veränderung der übrigen vt. Nettorückstellungen beträgt -1 TEUR (Vorjahr: 838 TEUR) und betrifft die Storno- und Drohverlustrückstellung. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus der 2016 erfolgten Auflösung der Rückstellung für drohende Verluste von 840 TEUR.

Die in den sonstigen vt. Aufwendungen enthaltene Feuerschutzsteuer beträgt 851 TEUR (Vorjahr: 798 TEUR). Hiervon entfallen auf die Verbundene Hausratversicherung 414 TEUR (Vorjahr: 396 TEUR) und auf die Verbundene Wohngebäudeversicherung 437 TEUR (Vorjahr: 402 TEUR).

Verschiedene finanzielle Verluste [Nicht-Leben (außer Kranken)]

Im Geschäftsbereich „Verschiedene finanzielle Verluste“ (LoB 12) sind die Reisegepäck- und Arbeitslosenversicherungen zusammengefasst. Die Arbeitslosenversicherung wurde in der Vergangenheit über den Bankenvertrieb im Rahmen von Kreditgeschäften (Hypothekendarlehen bzw. Ratenkredite) angeboten.

Versicherungstechnisches Ergebnis LoB 12 [TEUR]	2017		2016		Abw.	
	IST		IST		brutto	netto
	brutto	netto	brutto	netto		
1. Prämien						
Gebuchte Prämien	27	27	17	17	+10	+10
Verdiente Prämien	26	26	15	15	+11	+11
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Schadenregulierung)	5	5	1	1	+4	+4

Auf die Abweichung wird wegen Geringfügigkeit des Geschäftsbereichs und der geringen Abweichung nicht eingegangen.

A.3 Anlageergebnis**Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagegeschäfte**

Anlageergebnis [TEUR]	2017	2016	Abw.
	IST	IST	
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0	0
Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge)	3.460	3.175	285
Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-5	-1	-4
Erträge	3.455	3.174	281
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0	0
Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge)	605	484	121
Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0
Aufwendungen	605	484	121
Anlageergebnis	2.850	2.690	160

Die Erträge fallen im Jahr 2017 im Wesentlichen durch Gewinne auf Devisentermingeschäfte in US-Dollar höher aus als im Vorjahr.

Der Aufwand hat sich durch Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen ggü. dem Vorjahr leicht erhöht.

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne sind nicht vorhanden.

Anlagen in Verbriefung

Im Berichtszeitraum wurden, wie auch im Vorjahr, keine Anlagen in Verbriefungen getätigt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Finanzierungs-Leasings

Die VPV hat keine Finanzierungs-Leasing-Geschäfte getätigt.

Operating-Leasings

Die VPV hat keine Operating-Leasing-Geschäfte getätigt.

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen Erträge im Berichtsjahr sind unwesentlich.

Die sonstigen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen folgende Positionen:

Wesentliche Aufwendungen [TEUR]	2017 IST	2016 IST	Abw.
Pensionsrückstellung	822	946	-124
Sonstige Zinsen verbundene Unternehmen	0	197	-197

Die Aufwendungen für die Pensionsrückstellung von 822 TEUR (Vorjahr: 946 TEUR) setzen sich aus einer konzerninternen Zinsumlage von 805 TEUR (Vorjahr: 928 TEUR) sowie der Zinszuführung zur Pensionsrückstellung von 17 TEUR (Vorjahr: 18 TEUR) zusammen. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wie im Vorjahr auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst.

Die in der Tabelle aufgeführten Zinsaufwendungen betragen 0 TEUR (Vorjahr: 197 TEUR). Im Berichtsjahr wurde erstmals die Verzinsung der Verrechnungskonten zwischen den Konzerngesellschaften nicht mehr vorgenommen.

A.5 Sonstige Angaben

Die Kapitel A.1 bis A.4 enthalten alle wesentlichen Informationen über die Geschäftstätigkeiten, Leistungen und Ergebnisse.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Aufbauorganisation von Vorstand, Aufsichtsrat und Schlüsselfunktionen

Mitglieder des Vorstands, Ressortübersicht und zugeordnete Organisationseinheiten

Vorstandsressort 1 (Vorstandsvorsitzender: Dr. Ulrich Gauß)	Vorstandsressort 2 (Klaus Brenner)	Vorstandsressort 3 (Torsten Hallmann)	Vorstandsressort 4 (Lars Georg Volkmann)
<ul style="list-style-type: none"> • Mathematik und Produktentwicklung Leben • Tarifentwicklung Komposit • Kapitalanlagemanagement • Informationsverarbeitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Konzernrechnungswesen/Controlling/Steuern • Risikomanagement (inkl. ALM) • Kapitalanlagecontrolling • Recht und Compliance • Konzernrevision 	<ul style="list-style-type: none"> • Personalmanagement und Organisation <ul style="list-style-type: none"> - Personalberatung, -service und -verwaltung - Personalentwicklung und -Marketing - Interne Organisationsberatung • VPV Service GmbH <ul style="list-style-type: none"> - Antrags-, Bestands- und Leistungsmanagement Leben - Antrags-, Bestands- und Schadenmanagement Komposit - Zentraleinkauf und Dokumentenmanagement 	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb Innendienst • Ausschließlichkeitsorganisation • Vereinigte Post. Die Makler AG • Marketing und Vertriebstaining • VPV Vermittlungs-GmbH

Der Gesamtvorstand bildet die Geschäftsleitung. Jedes Vorstandsmitglied leitet im Rahmen der Geschäftsordnung und der Vorstandsbeschlüsse sein aus dem jeweils geltenden Geschäftsverteilungsplan ersichtliches Arbeitsgebiet unter Beachtung der vom Gesamtvorstand getroffenen Beschlüsse selbstständig, unter eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Die Geschäftsorganisation umfasst Prozesse zur regelmäßigen und Ad-hoc-Übermittlung von Informationen, Berichten der Geschäftsbereiche und Funktionen an die Vorstände. Auf dieser Basis sowie aufgrund entsprechender Beratung nimmt die Geschäftsleitung ihre Leitungsaufgaben wahr und trifft Entscheidungen. Abhängig von der Bedeutung eines Geschäftsvorfalles oder einer Entscheidung bestimmt die für alle Geschäftsvorfälle der Konzernunternehmen beschlossene Entscheidungs- und Kontrollmatrix für wesentliche Vorgänge die Einbindung der Ressortvorstände bzw. des Gesamtvorstands. Hierbei ist generell die Beachtung des Vier-Augenprinzips vorgegeben. Getroffene Entscheidungen sowie die Art und Weise, wie Informationen und Stellungnahmen der eingebundenen Schlüsselfunktionen berücksichtigt wurden, werden mit den wesentlichen Hintergrundinformationen dokumentiert.

Darüber hinaus verantwortet der Gesamtvorstand die Einrichtung und fortlaufende Weiterentwicklung einer ordnungsgemäßen und wirksamen Geschäftsorganisation. Hierzu zählt insbesondere ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem (RMS) und Internes Kontrollsystem (IKS).

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich der verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus sind in der Geschäftsordnung des Vorstands bestimmte zustimmungsbedürftige Geschäfte geregelt, die dem Aufsichtsrat zur Erteilung der Zustimmung vorzulegen sind.

Der Aufsichtsrat

Der Funktion nach übernimmt der Aufsichtsrat eine Überwachungs- und Kontrollfunktion des Vorstandes.

Der Aufsichtsrat übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und der vom Aufsichtsrat als anwendbar erklärten Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die im Zweifel jeweils der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der VPV vorgehen, sowie nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung aus.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder der Geschäftsleitung, beschließt deren Vergütung und überwacht ihre Tätigkeiten. Bestimmte Arten von Geschäften dürfen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden. Zur Erfüllung der Pflichten sind für den Aufsichtsrat Informations-, Einsichts- und Prüfungsrechte eingerichtet. Der Aufsichtsrat nimmt dieses Recht aktiv wahr und berät die Geschäftsleitung u. a. bei strategischen Entscheidungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben aus ihrer Mitte für besondere Angelegenheiten Ausschüsse gebildet. Diese setzen sich jeweils aus mindestens drei Mitgliedern zusammen.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsmitglieder der VPV-Gesellschaften ist in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Gesellschaft (Anzahl Aufsichtsrats- ratsmitglieder)	Aufsichtsratsmitglieder	Ausschuss				Prüfung und Risiko
		Nominierung	Personal	Finanzen	Strategie	
VPV-VVaG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	
	Schröder, Lothar	X	X	X	X	
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Schriftführer)	X	X	X	X	
VPV-LAG ¹⁾ (12)	Altmeyer, Veronika		X		X	
	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)	X	X	X	X	X
	Diem, Claudia			X		
	Engel, Jürgen			X	X	X
	Ertl, Kerstin					X
	Foßeler, Gerhard			X		
	Jaeger, Norbert		X			
	Mütze, Ulrich Werner				X	
	Pritzer, Bernd				X	X
	Rosenberg, Michael					X
	Schröder, Lothar	X				
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender; Schriftführer)	X	X	X	X	X
VPV-SAG (3)	Büttner, Rolf (Aufsichtsratsvorsitzender)		X	X	X	
	Pritzer, Bernd (Schriftführer)		X	X	X	
	Sticker, Klaus, Dr. (stv. Aufsichtsratsvorsitzender)		X	X	X	

¹⁾ Der Aufsichtsrat unterliegt der Mitbestimmung nach dem Drittelbeteiligungsgesetz. Acht der Aufsichtsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung, vier weitere Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt.

Schlüsselfunktionen

Es wurden vier unternehmensübergreifende Schlüsselfunktionen eingerichtet und den Vorstandsressorts wie folgt zugeordnet:

Schlüsselfunktionen	Vorstandsressort	
	1 (Dr. Ulrich Gauß)	2 (Klaus Brenner)
Unabhängige Risikocontrollingfunktion		Vereinigte Postversicherung VVaG VPV Lebensversicherungs-AG VPV Allgemeine Versicherungs-AG Vereinigte Postversicherung VVaG (Gruppe)
Compliance-Funktion		Vereinigte Postversicherung VVaG VPV Lebensversicherungs-AG VPV Allgemeine Versicherungs-AG Vereinigte Postversicherung VVaG (Gruppe)
Funktion der internen Revision		Vereinigte Postversicherung VVaG VPV Lebensversicherungs-AG VPV Allgemeine Versicherungs-AG Vereinigte Postversicherung VVaG (Gruppe)
Versicherungsmathematische Funktion	Vereinigte Postversicherung VVaG VPV Lebensversicherungs-AG Vereinigte Postversicherung VVaG (Gruppe)	VPV Allgemeine Versicherungs-AG

Alle Schlüsselfunktionen berichten unmittelbar an den Vorstand. Weitere Schlüsselaufgaben wurden nicht identifiziert.

Information zu Verantwortung, Informationswegen und Funktionen

Die VPV verfügt gemäß § 23 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) über ein geeignetes, transparentes und angemessenes Governance-System, das ein solides und vorsichtiges Management gewährleistet. Aufgaben und Zuständigkeiten sind voneinander abgegrenzt und direkte Berichtswege an die Vorstände sind eingerichtet.

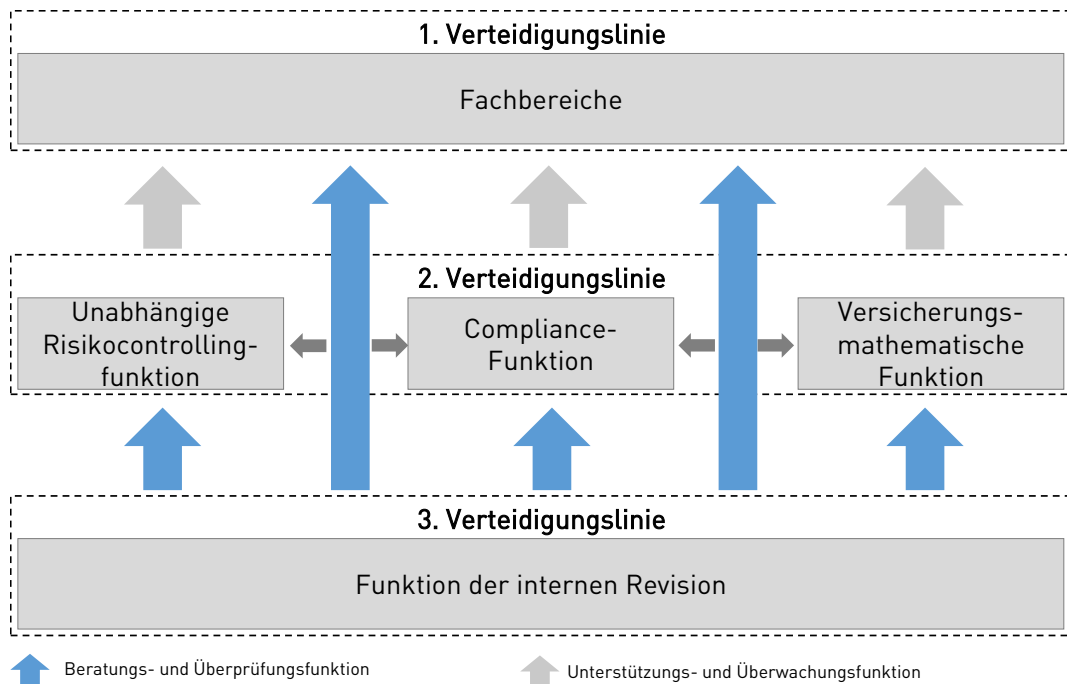
Die Inhaber der Schlüsselfunktionen haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben einen uneingeschränkten Zugang zu den relevanten Informationen. Bei Bedarf informiert der Vorstand die jeweilige Schlüsselfunktion eigeninitiativ, angemessen und zeitnah (ggf. ad hoc) über alle erforderlichen Tatsachen. Alle Mitarbeiter der VPV sind außerdem aufgefordert, den Funktionsinhabern vollständig und aktuell alle für deren Tätigkeit erforderlichen Informationen bereitzustellen und sie über wesentliche Zusammenhänge zu unterrichten.

Unter den Schlüsselfunktionen bestehen keine Weisungsbefugnisse, so dass eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung gewährleistet ist. Konflikte können über die jeweilig zuständigen Vorstände eskaliert werden. Die Geschäftsleitung der VPV steht in angemessener Interaktion mit den Aufsichtsratsgremien und den eingesetzten Ausschüssen sowie mit den Führungskräften und Schlüsselfunktionen innerhalb der VPV Versicherungsgruppe (VPV-Gruppe).

Die Schlüsselfunktionen sind mit angemessenen Ressourcen und Befugnissen für ihre Aufgabenerfüllung ausgestattet. Vorstände und Aufsichtsrat fördern aktiv die Aufgabenerfüllung der Schlüsselfunktionen (tone from the top).

Zur Vernetzung der Schlüsselfunktionen wurde das Kooperationsforum Governance eingerichtet, das halbjährlich tagt. Regelmäßige Teilnehmer sind die Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie der Verantwortliche Aktuar der VPV-LAG.

Modell der drei Verteidigungslinien



Die Unterscheidung der Governance-Funktionen fügt sich in das in der VPV und in der Praxis vielfach angewandte Modell der drei Verteidigungslinien ein:

- 1. Linie besteht aus Mitarbeitern und Führungskräften der Fachbereiche. Diese sind verantwortlich für die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken aller Art im Tagesgeschäft.
- 2. Linie besteht aus unabhängiger Risikocontrollingfunktion, Compliance-Funktion sowie Versicherungsmathematische Funktion. Diese sind verantwortlich u. a. für die regelmäßige Durchführung der ihnen zugewiesenen Überwachungs- bzw. Kontrollfunktionen.
- 3. Linie besteht aus der Funktion der internen Revision. Diese ist verantwortlich für die regelmäßige Prüfung des Governance-Systems sowie sämtlicher Aktivitäten innerhalb der Gesellschaften der VPV-Gruppe.

Erweiterte Ausführungen zur Einbindung der Schlüsselfunktionen in die Aufbauorganisation und den Hauptaufgaben sind in den Kapiteln B.3 bis B.6 enthalten.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Die VPV hat gemäß § 23 Abs. 6 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) im Jahr 2016 ein Hinweisgeber-system konzipiert und dieses 2017 implementiert. Dieses ermöglicht Mitarbeitern unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität potenzielle oder tatsächliche Verstöße gegen Gesetze, Rechtsverordnungen sowie Marktmissbrauch zu melden. Dieses wird von einer externen Rechtsanwaltskanzlei wahrgenommen. Als Ansprechpartner innerhalb der VPV wird neben dem Chief Compliance Officer (CCO) auch die Verantwortliche Person für die Interne Revision benannt.

Angaben zu Vergütungspolitik und -praktiken

Grundsätze der Vergütungspolitik

Die VPV hat im Geschäftsjahr 2017 vier Mitarbeiter.

Die VPV-Gruppe hat bereits im Jahr 2010 konzernweit Vergütungsgrundsätze festgelegt und schriftlich fixiert. Hiernach dürfen die Vergütungssysteme u. a.

- nicht manipulierbar sein,
- keine negativen Anreize schaffen und
- müssen den langfristigen Unternehmenserfolg ausreichend berücksichtigen.

Die VPV-Gruppe hat unterschiedliche Vergütungssysteme für die unterschiedlichen Funktionen im Innen- und Außendienst, für Fach- und Führungskräfte.

Im Einzelnen gibt es neben den arbeitsvertraglichen Bestimmungen Regelungen (Rechtsgrundlagen) zu Vergütungsgrundsätzen in den Tarifverträgen für die private Versicherungswirtschaft, in Betriebsvereinbarungen und Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss.

Für die weit überwiegende Anzahl der Innendienstmitarbeiter sowie der Angestellten des akquirierenden und organisierenden Außendienstes gilt der Manteltarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft. Hier sind die Anforderungen der Stelle detailliert beschrieben und an entsprechende Tarifgruppen gekoppelt.

Für Teilnehmer der Fachlaufbahn und für Führungskräfte des Innendienstes existiert ein konzernweites System einer übertariflichen Vergütung, das eine ausreichende Transparenz und Angemessenheit der Anforderungsprofile und Tätigkeitsmerkmale gewährleistet. Eine nachhaltige Entwicklung der VPV soll damit sichergestellt werden. Der variable Vergütungsanteil ist nach hierarchischer Einordnung unterschiedlich. Er beträgt zwischen einem Bruttomonatsgehalt (Ebene Gruppen-/Teamleiter bzw. Junior-Experte) und maximal 15% (Ebene Abteilungsleiter und Bereichsleiter) des Bruttojahresfixgehalts. Der variable Vergütungsanteil ist ausschließlich von der Zielerreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig.

Im angestellten akquirierenden Außendienst werden neben einem fixen Mindesteinkommen gemäß § 3 des Gehaltstarifvertrages in Verbindung mit Teil III des Manteltarifvertrages erfolgsabhängige Abschlussprovisionen und Betreuungsprovisionen gezahlt. In Abhängigkeit zur Produktion des Vorjahres wird auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung ein Bonus vergütet.

Die Vergütung des organisierenden Außendienstes (Funktionen: Bezirksdirektor, Regionaldirektor, Organisationsbeauftragter, Vermittlerbetreuer) setzt sich aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten gezahlt wird, und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung basiert auf einem Zielvorgabe-/Zielvereinbarungssystem. Der variable Vergütungsanteil beträgt unter Berücksichtigung garantierter Vorschusszahlungen in Abhängigkeit zur Vorschusshöhe maximal das 0,4- bis 0,8-fache des Jahresgrundgehalts. Bei besonders guter Leistung besteht eine Überverdienstmöglichkeit (Funktion Bezirksdirektor). Bei der Funktion Bezirksdirektor werden in Ausnahmefällen („Altverträge“) noch sogenannte Superprovisionen gezahlt. Hierbei handelt es sich um eine Provision, die den betroffenen Bezirksdirektoren für Geschäfte gezahlt wird, die die ihnen zugeordneten Vermittler abgeschlossen haben. Der variable Vergütungsanteil bei Vermittlerbetreuern beträgt bei voller Zielerreichung 4 TEUR brutto und kann bei Übererfüllung bis maximal 8 TEUR brutto betragen.

Die Vergütung der leitenden Angestellten im Innen- und Außendienst (Bereichsleiter und Landesdirektoren) setzt sich ebenfalls aus einem Jahresgrundgehalt, das in zwölf gleichen Raten bezahlt wird, und einer variablen Vergütung zusammen.

Die variable Vergütung der leitenden Angestellten des Außendienstes (Landesdirektoren) beträgt maximal 50 % des Jahresgrundgehalts und hängt von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels (Gewichtung ein Drittel) und mindestens zwei Individualzielen ab.

Bei den leitenden Angestellten des Innendienstes (Bereichsleiter) gibt es eine variable Vergütung von maximal 15 % des Jahresgrundgehalts, die ausschließlich von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig ist. Neben dieser variablen Vergütung erhalten die Bereichsleiter eine Sonderzahlung von 15 % des Jahresgrundgehalts, die in zwei gleich großen Raten im Juni und November ausgezahlt wird.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Personalkostenplanung (Kosten und Mitarbeiterkapazitäten) wird die Angemessenheit der Personalkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten der VPV geprüft und ggf. Maßnahmen zur Korrektur erarbeitet. Dieser Prozess stellt sicher, dass die berechtigten Interessen der Mitarbeiter und die wirtschaftlichen Interessen (insbesondere Gefährdung einer adäquaten Kapitalausstattung) der VPV berücksichtigt werden.

Alle Mitarbeiter sind über die Ausgestaltung der für sie maßgeblichen Vergütungselemente und -systeme ausreichend informiert. Wichtige Dokumentationen wie z. B. die tariflichen Regelungen (Gehaltstarifvertrag) oder Betriebsvereinbarungen zur variablen Vergütung, Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss zur variablen Vergütung etc. sind auf dem Mitarbeiterportal „VPVnet“ (Intranet) für sämtliche Mitarbeiter verfügbar und können zusätzlich auch in der Personalabteilung oder beim zuständigen Betriebsrat bzw. Sprecherausschuss eingesehen werden.

Die Vergütungsregelungen sind weiter schriftlich im Arbeitsvertrag sowie ggf. in Betriebsvereinbarungen bzw. Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss und im Tarifvertrag fixiert. Bei Änderungen der Vergütung (insbesondere bei Gehaltserhöhungen) erhalten die Mitarbeiter eine schriftliche Bestätigung.

Die Vergütung des Vorstands ist in schriftlichen Anstellungsverträgen festgelegt. Die Zielgröße der variablen Vergütung beträgt bei einer 100 %igen Zielerreichung 30 % der Brutto-Jahresfixvergütung. Die variable Vergütung kann maximal 45 % und minimal -6 % der Brutto-Jahresfixvergütung als Bemessungsgrundlage betragen. Sie ist ausschließlich von der Erreichung des konzernweit gültigen Unternehmensziels abhängig, das vom Aufsichtsrat beschlossen wird. Die Bezüge der Vorstände werden in regelmäßigen Abständen durch den Aufsichtsrat überprüft.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist über die Vergütung der Tätigkeit für die VPV-LAG mit abgegolten.

Bezüglich der Festlegung der Höhe der Vergütung nimmt die VPV regelmäßig an branchenspezifischen Vergütungsvergleichen teil und prüft die Wettbewerbsfähigkeit der internen Vergütungsleistungen.

Die variablen und festen Vergütungsbestandteile der betroffenen Mitarbeiter und der Mitglieder des Vorstands stehen in einem ausgewogenen Verhältnis. Der jeweilige feste Bestandteil macht einen ausreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung aus. Bei der Festlegung des Verhältnisses zwischen variablen und festen Vergütungsbestandteilen wurde auch auf den Grad der Beeinflussmöglichkeiten des Unternehmensziels geachtet. Weiter wurde die jeweilige Höhe der variablen Vergütung so festgelegt, dass Fehlanreize vermieden werden.

Die Vergütung der Beschäftigten der VPV ist im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG abgegolten.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder setzt sich aus Fixvergütungen zusammen und wird mittels eines marktüblichen Referenzmarktes bestimmt. Hierbei werden insbesondere erhöhte Anforderungen aufgrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen, eine zunehmende Professiona-

lisierung der Aufsichtsratsarbeit und erhöhte Haftungsrisiken für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt.

Individuelle und kollektive Erfolgskriterien variabler Vergütungsbestandteile

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist über die Vergütung der Tätigkeit für die VPV-LAG mit abgegolten.

Die Vergütung der Beschäftigten der VPV ist im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG abgegolten.

Beschreibung von Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen

Die Bestimmungen zur betrieblichen Altersversorgung der Beschäftigten der VPV sind im Rahmen eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses mit der VPV-LAG geregelt.

Ruhestandsgehälter der Mitglieder des Vorstands sind in den Dienstverträgen der VPV-LAG ermessensunabhängig geregelt. Die Vereinbarungen unterliegen der regelmäßigen Kontrolle durch den Aufsichtsrat.

Die Aufsichtsorgane haben keine ergänzenden Vereinbarungen.

Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Wesentliche Geschäftsvorgänge mit Personen, die einen bedeutenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder mit Personen, die Mitglied der Aufsichtsgremien sind, sind im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit

Beschreibung der spezifischen Anforderungen an Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben

Aus Sicht der VPV betreffen die Fit & Proper-Anforderungen folgende Personenkreise:

- Aufsichtsrat
- Vorstand
- Verantwortliche Personen für Schlüsselaufgaben:
 - *unabhängige Risikocontrollingfunktion*
 - *Compliance-Funktion*
 - *Funktion der internen Revision*
 - *Versicherungsmathematische Funktion*

Die VPV hat in der Leitlinie für die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit („Fit & Proper-Leitlinie“) die vom genannten Personenkreis erwartete Ausbildung und Berufserfahrung verbindlich festgelegt. Dabei wird grundsätzlich zwischen den Qualifikationsanforderungen an Individuen und an Gremien unterschieden.

Qualifikationsanforderungen an Individuen

An die fachliche Eignung von Personen, die die VPV leiten bzw. für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, werden folgende Qualifikationsanforderungen gestellt:

- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen, die eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens gewährleisten
- berufliche Qualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen in der jeweiligen Schlüsselfunktion

- theoretische und praktische Kenntnisse in Versicherungsgeschäften sowie angemessene Leitungserfahrung
- Risikomanagement-Kenntnisse, so dass die wesentlichen Auswirkungen der Risiken auf das Unternehmen beurteilt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können
- analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz
- Kommunikationsfähigkeit mit allen Unternehmensebenen

Qualifikationsanforderungen an Gremien

Neben den Qualifikationsanforderungen an Individuen achtet der Aufsichtsrat bei der Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands darauf, dass im Kollektiv der jeweiligen Gremien eine angemessene Vielfalt von Qualifikationen, Kenntnissen und Erfahrungen und somit die notwendige Sachkunde zur angemessenen Beurteilung, Überwachung und kritischen Hinterfragung der Geschäfte des Unternehmens vorliegt. Folgende Mindestanforderungen bestehen dahingehend:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und -modell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Leitungserfahrung müssen die Mitglieder des Aufsichtsorgans nicht vorweisen.

Beschreibung der Vorgehensweise bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Auswahlprozess

Vorstände

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer externen Personalberatung und/oder Kandidatenfindung über Empfehlung durch die Gremien (Aufsichtsrat, Vorstand)
- Vorstellung und Interview der Kandidaten im Personalausschuss des Aufsichtsrats
- Empfehlung mit ausführlicher Stellungnahme des Personalausschusses
- Vorstellung im Aufsichtsrat und Interview durch den gesamten Aufsichtsrat

Schlüsselfunktionen

- Ausschreibung der Stelle durch Beauftragung einer Personalberatung und/oder interne Kandidatenfindung
- Auswahlgespräche mit dem Ressortvorstand unter Einbeziehung des Personalbereichs und ggf. einer externen Personalberatung
- ggf. Auswahlverfahren mit Mitgliedern des Vorstands, dem Personalbereich und ggf. einer externen Personalberatung
- nach Abschluss des Entscheidungsprozesses Übertragung der Verantwortung für die Schlüsselfunktion

Aufsichtsräte

- Mitglieder des Aufsichtsrats des VPV-VVaG sollten Vereinsmitglieder des VPV-VVaG sein und dürfen nicht Abschlussprüfer, Treuhänder, Verantwortlicher Aktuar oder Angestellte des VPV-VVaG sein
- Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats
 - beschreibt die mit dem Mandat bzw. den Mandaten verbundenen Anforderungen
 - beurteilt Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber
 - unterbreitet dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidatenvorschläge für Mandate im Aufsichtsrat
- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats obliegt der Beschlussfassung durch die Hauptversammlungen

- Arbeitnehmervertreter der VPV-LAG werden nach dem Drittelbeteiligungsgesetz durch die Arbeitnehmer gewählt

Regelprozess zur Überprüfung

Gemäß der Fit & Proper-Leitlinie werden bei der ersten Bestellung bzw. Übertragung einer Schlüsselfunktion für die Überprüfung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit der Lebenslauf, Zeugnisse und Befähigungsnachweise, Führungszeugnisse, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Kreditauskünfte und Auskünfte der zu prüfenden Person eingeholt. Bei jeder Verlängerung der Bestellung, mindestens jedoch alle fünf Jahre, werden das Führungszeugnis und die Kreditauskünfte erneuert.

In festgelegten Intervallen besprechen die Personen, die für eine Schlüsselfunktion verantwortlich sind, mit ihren Führungskräften den aktuellen Stand ihrer fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sowie die seit der Erstbestellung oder dem letzten Gespräch eingetretenen Veränderungen. Abhängig vom konkreten Einzelfall werden Maßnahmen eingeleitet, um beispielsweise veraltete Fachkenntnisse durch Schulungen zu aktualisieren. Gespräch und Maßnahmen werden dokumentiert. Lassen sich Beeinträchtigungen dauerhaft nicht beheben, wird die für die Schlüsselfunktion verantwortliche Person ihrer Verantwortung entbunden.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Zielsetzung des Risikomanagements

Das Risikomanagementsystem (RMS) der VPV ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung und integriert alle Tochterunternehmen im Konzern. Das konzernweite und übergreifende RMS ist mit allen wesentlichen Funktionsbereichen der Einzelgesellschaften verknüpft. Die breite Verzahnung des RMS stellt eine konzernübergreifende als auch eine unternehmensindividuelle Risikosicht sicher. Übergeordnete Zielsetzungen des Risikomanagements sind:

- Schutz des Unternehmens vor Vermögensverlusten materieller und immaterieller Art
- Sicherstellung einheitlicher Prozesse zur Erfüllung der Anforderungen im Risikomanagement
- Verpflichtung zur Risiko-Früherkennung

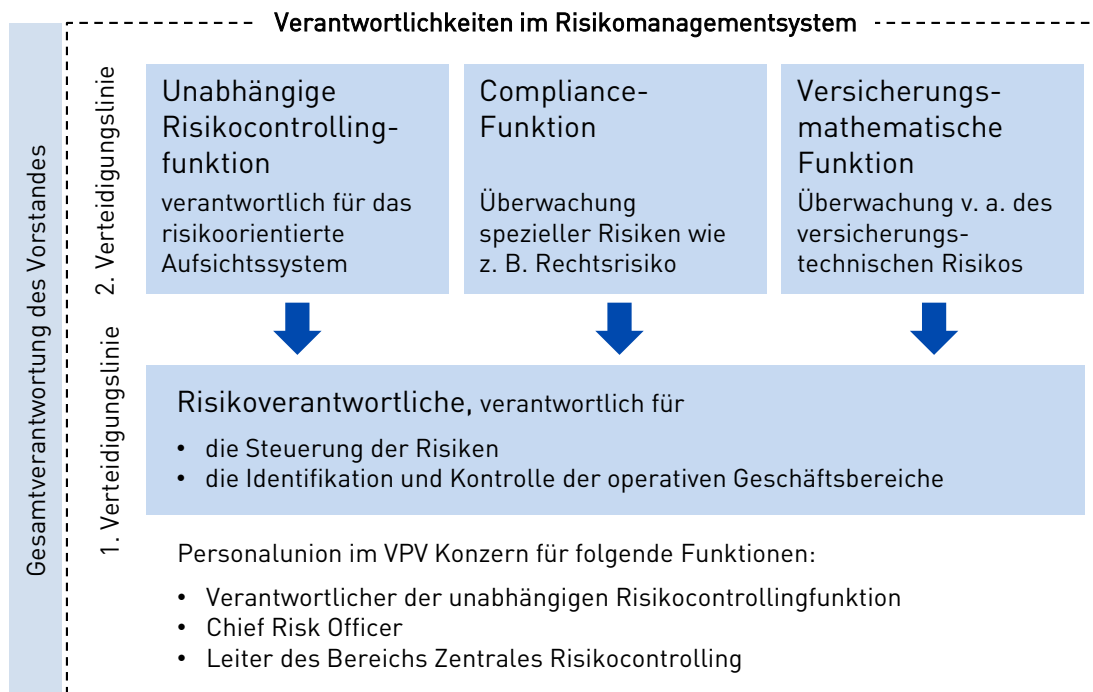
Mit diesen Zielsetzungen leistet das Risikomanagement einen gezielten Beitrag zur Wertschöpfung des Unternehmens.

Organisation und Aufgaben des Risikomanagementsystems

Bei der aufbauorganisatorischen Eingliederung des RMS hat die VPV den Grundsatz der Funktionstrennung vollständig beachtet. Zusätzlich wurden flankierende Maßnahmen umgesetzt. Das RMS umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Durchführung und Weiterentwicklung des Asset Liability Managements
- Durchführung von Stresstests und Berechnungen gemäß der Standardformel
- Berechnungen, Dokumentation und Berichterstattung im Rahmen des Own Risk and Solvency Assessment-Prozesses
- Steuerung des Risikotragfähigkeits- und Limitsystems
- Überwachung risikoaufbauender Positionen
- Durchführung und Pflege der Risikobefragung/Risikoinventur/Risikoinventar
- Verantwortung für das interne Kontrollsystem
- Verantwortung für das Notfallmanagementsystem inkl. Business Continuity Management und Business-Impact-Analyse
- Regelmäßige Bewertung der Risikostrategie auf Konsistenz zur Geschäftsstrategie

Die Aufbauorganisation des RMS setzt sich aus einzelnen Subsystemen zusammen, die durch unterschiedliche Risikomanagementfunktionen des Unternehmens wahrgenommen werden. Nachfolgend sind die Subsysteme im Überblick und in ihrem zeitlichen Bezug dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Zuordnung zu den Verteidigungslinien im RMS.



Die unabhängige Risikocontrollingfunktion in Personalunion mit dem Chief Risk Officer

Entsprechend der Vorgaben aus § 26 VAG ist ein umfassendes, risikoorientiertes Aufsichtssystem implementiert. Hierfür ist im Wesentlichen die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) verantwortlich. Der Chief Risk Officer (CRO) ist die intern verantwortliche Person für die uRCF. Die uRCF unterstützt die Geschäftsleitung bei der Handhabung des RMS. Dieses wird von der uRCF überwacht genauso wie das Gesamtrisikoprofil des Unternehmens. Die uRCF ist für die operative Umsetzung des gesamten RMS in der VPV verantwortlich.

Die uRCF arbeitet im Auftrag der gesamten Geschäftsleitung und berichtet ihr und dem Aufsichtsrat aktiv über wesentliche Risikoexponierungen, das Gesamtrisikoprofil sowie die Angemessenheit des RMS. Sie hat ein Vetorecht gegenüber Einzelentscheidungen zu wesentlichen risikoaufbauenden Positionen eines Ressorts. Überdies steht sie der Geschäftsleitung beratend zur Seite. Die uRCF kommt ihrer Steuerungs- und Kontrollfunktion zudem regelmäßig bei folgenden Aufgaben nach:

- Prüfung der Konsistenz der Risikostrategie zur Geschäftsstrategie
- Angemessenheitsprüfung der schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem
- Überprüfung und Bewertung der Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und Weiterentwicklung
- Limitvorschläge und deren Überwachung
- Beurteilung geplanter Strategien unter Risikoaspekten
- Steuerung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
- Förderung des Risikobewusstseins der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter

Compliance-Funktion

Als Bestandteil des RMS überwacht die Compliance-Funktion die Ausprägung der Rechtsrisiken im Konzern.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) überwacht Teile der vt. Risiken im Konzern und ist damit ebenfalls ein Bestandteil des RMS.

Zentrales Risikocontrolling

Der Bereich Zentrales Risikocontrolling (ZRC) steuert die dezentralen Risikomanagementprozesse und lässt die Ergebnisse in einem konzerngültigen Gesamtrahmen zusammenfließen. Die Zuständigkeit des Bereiches ZRC und damit auch das RMS erstreckt sich dabei auf den gesamten Konzern inkl. des VPV-VVaG als operativ tätige Einzelgesellschaft und Muttergesellschaft im Konzern. ZRC unterstützt die uRCF, die dem Vorstand gegenüber unmittelbar berichtspflichtig ist. Der Leiter des Bereiches ZRC nimmt die Schlüsselfunktion uRCF ein und er ist gleichzeitig der CRO. Folgende Aufgaben werden operativ durch ZRC wahrgenommen:

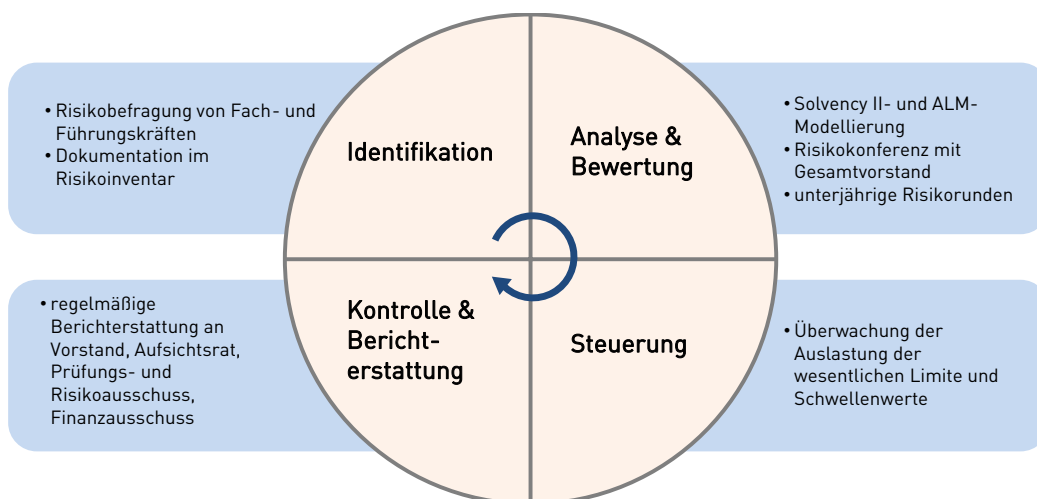
- Verwaltung des Risikoinventars und Durchführung der jährlichen Risikoinventur
- Operative Umsetzung der Aufgaben des Risikomanagements
- Durchführung des quantitativen Risikomanagements, insbesondere Asset Liability Management-Analysen, Solvenzrechnungen und Own Risk and Solvency Assessment
- Überprüfung der Risikosituation mittels Stresstests und Szenarien
- Verantwortung für das gesamte Notfallmanagement einschließlich des Business Continuity Managements
- Dokumentation und Berichtswesen
- Strategiearbeit

Risikoverantwortliche

Die uRCF bildet neben der Compliance Funktion und der VMF entsprechend des obigen Schaubildes die zweite Verteidigungslinie. Die Risikoverantwortlichen bilden die erste Verteidigungslinie. Sie sind dabei neben der Identifikation und Kontrolle der verantworteten Risikofelder auch für das Erstellen von Berichten und zur Durchführung von Risikobewältigungsmaßnahmen zuständig.

Prozesse im Risikomanagementsystem

Das nachfolgende Schaubild stellt die Verfahren und Prozesse des RMS im Überblick dar.



Risikoidentifikation

Das operative Management der Risiken findet dezentral in den Fachbereichen statt, wo das fachliche Know-how zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung vorliegt. Einmal jährlich werden hierzu Fach- und Führungskräfte mittels Risikoeinschätzungen zur Risikosituation der VPV befragt. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoinventar dokumentiert, das im Bereich ZRC geführt und verwaltet wird. Darüber hinaus wird eine weitere Risikobefragung bei Fach- und Führungs-

kräften durchgeführt. Daneben sind die Fachbereiche aufgefordert, jederzeit bei wesentlichen Veränderungen der Risikosituation Ad-hoc-Risikomeldungen einzureichen, so dass auf Veränderungen zeitnah reagiert werden kann und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

Risikoanalyse und -bewertung

Die im Risikoinventar aktualisierten Risiken werden zusammen mit den Risikoverantwortlichen bewertet. Konkret werden die Parameter des Risikos wie z. B. die Eintrittswahrscheinlichkeit in unterschiedlichen Zeiträumen, die Schadenhöhe, die zu ergreifenden Maßnahmen zur Risikominderung und/oder die Korrelationen zu anderen Risiken überprüft und bewertet.

Im Anschluss daran werden die Ergebnisse aggregiert und in stochastischen Risikomodellen durch den Bereich ZRC bewertet. Die Ergebnisse gehen unmittelbar in die unternehmensweite Berichterstattung ein und dienen der Geschäftsleitung als Entscheidungsgrundlage. Sofern möglich werden bereits im Vorfeld Maßnahmen zum Umgang mit den Risiken entwickelt.

In der jährlichen Risikokonferenz werden wesentliche Risiken, die auf die VPV einwirken könnten, diskutiert und analysiert. Die Risikokonferenz trägt zur ganzheitlichen Ermittlung der Risikosituation der VPV bei.

Die Risikokonferenz wird durch unterjährig stattfindende Risikorunden flankiert. Die Risikorunde wird vom CRO geleitet und setzt sich aus folgendem Personenkreis zusammen:

- Chief Risk Officer
- Unabhängige Risikocontrollingfunktion
- Leiter Versicherungsmathematische Funktion VPV-LAG, VPV-SAG oder VPV-VVaG
- Verantwortlicher Aktuar VPV-LAG, VPV-SAG oder VPV-VVaG
- Leiter Kapitalanlagemanagement
- Leiter Kapitalanlagecontrolling
- Leiter Finanzen und Steuern
- Chief Compliance Officer
- Leiter Interne Revision

Die Risikorunde kann von jedem Mitglied der Risikorunde oder vom Gesamtvorstand einberufen werden. Die Risikorunde tagt nicht regelmäßig, sondern wird grundsätzlich anlassbezogen einberufen und soll nach Einberufung schnellstmöglich zur Entscheidungsfindung, zur Beseitigung von Risikopotenzialen oder zur Ergreifung von geeigneten Sofortmaßnahmen zusammenkommen. Die Risikorunde unterstützt damit nachhaltig die Zielsetzung der Risikokonferenz der VPV.

Risikosteuerung

Eine wesentliche operative Steuerungsgröße des RMS ist das Risikobudget. Es wird direkt aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet, an den Risikoappetit des Vorstands adjustiert und ergibt sich u. a. aus den Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie. Mit Risikobudget, Limite und Schwellenwerten wird den Entscheidungsträgern Spielraum zur Ergreifung von Chancen eingeräumt und frühzeitig Handlungsbedarf zur Maßnahmeneinleitung aufgezeigt.

Überwachung und Berichterstattung

Die Überwachung der Auslastung des Risikobudgets erfolgt in dem korrespondierenden Limit- und Schwellenwertsystem, das wiederum ein Bestandteil des konzernweiten IKS ist.

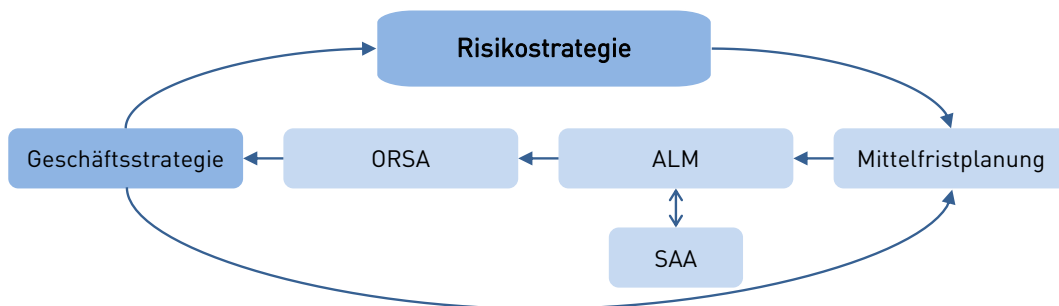
In regelmäßigen Abständen oder bei Bedarf auch ad hoc berichtet die uRCF über die aktuelle Risikosituation an den Vorstand, den Aufsichtsrat, den Prüfungs- und Risikoausschuss sowie den Finanzausschuss.

Als weitere Kontrollorgane im RMS wirken u. a. Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer, Treuhänder der Sicherungsvermögen, Verantwortlicher Aktuar sowie die Interne Revision mit. Die Interne Revision

überprüft als unabhängige Instanz regelmäßig die Angemessenheit und Gesetzeskonformität des RMS und des IKS.

Geschäftsstrategie, Risikostrategie, Mittelfristplanung, ALM und ORSA im Gesamtkontext

Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und legt die Ziele und Vorgaben für das Risikomanagement der VPV fest.



Die Risiko- und Geschäftsstrategie wird bei der Aufstellung der Mittelfristplanung (MFP) berücksichtigt und enthält Risiko- und Managementvorgaben für das Asset Liability Management (ALM). 2017 hat die VPV-LAG halbjährlich Studien und die VPV-SAG jährlich Studien zum ALM durchgeführt. Bei den ALM-Studien werden mittels stochastischer Szenarien wahrscheinkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktszenarien getroffen. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen und Analysen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch die Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie, die sogenannte Strategische Asset Allocation (SAA), einfließen. So wird sichergestellt, dass einerseits die Risiken ausreichend simuliert und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können.

Die Ergebnisse der ALM-Studien werden im Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) für weitere Berechnungen herangezogen und die ORSA-Ergebnisse werden wiederum bei der Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie berücksichtigt.

Angaben zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Beschreibung ORSA-Prozess

Grundsätzlich wird der ORSA-Prozess als ein Prozess aufgefasst, der sich einerseits von der Erstellung der Geschäftsstrategie und andererseits der Risikoinventur bis hin zur abschließenden Berichterstattung an den Vorstand und die Aufsicht erstreckt. Die VPV hat hierzu eine ORSA-Leitlinie erstellt, die der Festlegung des Soll-Prozesses dient. Sie legt u. a. die Beteiligten und ihre Verantwortlichkeiten fest sowie die Prozesse und Abläufe, die bei der Durchführung eines ORSA einzuhalten sind. Insbesondere werden Bewertungsmethoden festgelegt und es wird definiert, welche Stress- und Sensitivitätsanalysen sowie weiteren Analysen durchgeführt werden sollen.

Es wird zwischen dem ORSA im engeren und im weiteren Sinn differenziert. Unter dem Begriff „ORSA im weiteren Sinn“ versteht die VPV die Integration des RMS in die Unternehmenssteuerung. Unter dem Begriff „ORSA im engeren Sinn“ hingegen wird die tatsächliche Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) und die Aufstellung der Solvenzübersicht verstanden. Der ORSA im engeren Sinn ist damit nur eine Teilmenge des gesamten ORSA-Prozesses.

Das ORSA-Modell wurde entsprechend den Anforderungen und den Gegebenheiten der Risikosituation angepasst. Dazu wurden einerseits Einflussgrößen, die ebenfalls im Standardmodell verwendet werden, so angepasst, dass die Belange der VPV erfüllt sind und die unternehmensindividuelle Risikosituation adäquat abgebildet wird. Dies gilt insbesondere bei der Risikobeurteilung

von Finanzinstrumenten. Die Ermittlung der abweichenden Einflussgrößen und Risikoannahmen basiert auf Vergangenheitswerten, Modellberechnungen und auf Expertenschätzungen. Andererseits werden Module, die nur schwer und unter Inkaufnahme von Informationsverlusten bzw. gar nicht an die Risikosituation der VPV angepasst werden können, durch externe Berechnungen ersetzt.

Bei der ORSA-Modellierung wird auf die langjährigen Erfahrungen aus den ALM-Studien zurückgegriffen und diese mit dem ORSA-Modell abgestimmt. Das ORSA-Modell wird wie das ALM-Modell regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst. Durch unterjährliche Aktualisierungen der Berechnungen wird die Auslastung der Eigenmittel regelmäßig überprüft. Bei Bedarf können sich Auswirkungen auf die Allokation der Kapitalanlagen ergeben.

Im ORSA-Prozess kommt v. a. der Risikorunde eine zentrale Rolle zu. Sie hat insbesondere die Aufgabe, einen Ad-hoc-ORSA zu initiieren. Dazu analysiert die Risikorunde die ihr zur Verfügung stehenden Informationen und entscheidet, ob der vorliegende Sachverhalt der Durchführung eines Ad-hoc-ORSA bedarf. Sie legt dabei auch die Datenbasis fest, auf der der Ad-hoc-ORSA aufgesetzt wird. Grundsätzlich gilt, dass ein Ad-hoc-ORSA dann ausgelöst wird, wenn interne oder externe Einflüsse dazu führen können, dass sich die Gesamtsolvabilität wesentlich verändert.

Eingliederung in die Unternehmenssteuerung

Der Gesamtvorstand trägt gemäß Solvency II die Gesamtverantwortung für das RMS. ORSA ist ein wesentlicher Bestandteil des RMS, da mittels ORSA die Risiko- und Kapitalsteuerung der VPV in die strategische Gesamtunternehmenssteuerung integriert werden. Der ORSA-Prozess beinhaltet im Wesentlichen die Beurteilung des GSB der Versicherungsgesellschaften im Konzern der VPV als auch der VPV-Gruppe.

Der Vorstand erhält ein detailliertes Verständnis über die Risikosituation der VPV. Die Gestaltung der Risikopositionen sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung und der Höhe kann die Gesamtsolvabilität stark beeinflussen. Vor diesem Hintergrund werden wesentliche Kapitalmanagementaktivitäten einer ORSA-Bewertung unterzogen. Mittels Sensitivitätsanalysen wird die Wirkung von Entscheidungsalternativen auf die Risikotragfähigkeit bewertet und dient der Geschäftsleitung als Grundlage für Steuerungszwecke.

Im Rahmen eines ORSA bekommt der Vorstand entscheidungsunterstützende Informationen zum Ergreifen von Maßnahmen, indem die Wirkungsweisen der Maßnahmen im ORSA-Modell aufgezeigt werden. Damit fließen die ORSA-Ergebnisse unmittelbar in die Unternehmenssteuerung mit ein.

Der ORSA-Prozess setzt auf der MFP auf. Die MFP fokussiert das Best-Estimate (BE)-Szenario, in dem die erwartete Entwicklung der VPV im Untersuchungszeitraum prognostiziert wird. Grundlage dafür sind die Geschäftsstrategie sowie die daraus abgeleiteten konkreten Planungen aller einbezogenen Fachbereiche. Die MFP wird einmal jährlich vom Gesamtvorstand verabschiedet und ist wesentliche Grundlage für ALM und ORSA-Berechnungen. Im Vorfeld der MFP werden mögliche Szenarien mit ZRC und dem Gesamtvorstand abgestimmt, um ggf. neue Elemente in die MFP aufzunehmen. Die Erkenntnisse aus dem ORSA werden in die Geschäftsstrategie, Risikostrategie und MFP integriert. So ist gesichert, dass alle wesentlichen Risiken jederzeit in den Steuerungsinstrumenten Berücksichtigung finden.

Der ORSA wird regelmäßig jährlich durchgeführt. Intern hat die VPV als Aufsetzzeitpunkt für die Analyse den 31.12. des Vorjahres festgelegt. Der komplette ORSA-Prozess soll bis spätestens 31.07. des Geschäftsjahres durchlaufen sein. Sollten sich seit dem 31.12. des Vorjahres signifikante Änderungen der Datensituation ergeben haben, so wird der Aufsetzzeitpunkt für den ORSA-Prozess aktualisiert. Nach eingehender Analyse der Ergebnisse durch den Vorstand werden die wesentlichen Informationen dem Aufsichtsrat präsentiert.

Dokumentation

Die Durchführung jedes einzelnen ORSA, sowohl der jährlich regelmäßige als auch ein Ad-hoc-ORSA, wird angemessen dokumentiert und vom Vorstand nach umfassender Analyse verabschiedet. Der Bericht umfasst neben Parametern und verwendeten Inputdaten auch die Namen der handelnden Personen und die verwendeten Tools. Des Weiteren werden Annahmen und Beurteilungen erfasst. Mit Abschluss jedes ORSA-Durchlaufs wird ein entsprechender Bericht angefertigt, der mindestens folgende Angaben enthält:

- Modellparameter und Annahmen
- Stress-, Sensitivitäts- und Szenarioanalysen
- Ergebnisse inkl. Vergleichswerte der entsprechenden Vorperiode
- Vergleichswerte zur Solvenzkapitalanforderung gemäß Standardmodell

Während der ORSA-Bericht die wesentlichen Annahmen und die Ergebnisse mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaften der VPV zum Gegenstand hat, hat die ORSA-Aufzeichnung die Dokumentation des Ist-Prozesses des ORSA-Durchlaufs zum Gegenstand.

ORSA-Bericht

Mit dem Schreiben vom 18.04.2016 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dem Antrag für die Erstellung des ORSA-Berichts in einem befreienden und damit einem einzigen ORSA-Bericht für den VPV-Konzern gemäß § 275 Abs. 4 VAG zugestimmt. Bei der Erstellung des ORSA-Berichts wird bewusst auf die Trennung zwischen VPV-Gruppe und den drei Versicherungsgesellschaften VPV-LAG, VPV-SAG und der Muttergesellschaft VPV-VVaG geachtet.

B.4 Internes Kontrollsystem**Beschreibung des Internen Kontrollsystems**

Das interne Kontrollsystem (IKS) ist Bestandteil des Governancesystems der VPV. Im Zusammenspiel mit den weiteren Elementen des Governancesystems, dem Datenschutz, der Informationssicherheit sowie dem Notfallmanagement dient es der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und damit der dauerhaften Absicherung der gesamten Geschäftstätigkeit.

Das IKS, das insbesondere betriebliche Risiken minimiert, setzt sich vornehmlich aus selbstständigen Sicherungen in Form von organisatorischen und technischen Maßnahmen sowie internen Kontrollen zusammen, dessen Verbindlichkeit durch eine interne Leitlinie für das IKS sichergestellt wird. Grundsätzlich ist das IKS als integrierter, prozessorientierter Bestandteil des RMS der VPV zu sehen und wurde systematisch unternehmensweit eingeführt. Hierfür wurden prozessinhärente Risiken und Störungen identifiziert, gemäß einem hausinternen Wesentlichkeitskonzept bewertet, beschrieben und vorbeugende sowie aufdeckende Maßnahmen und Kontrollen ausgearbeitet und implementiert. Wesentliche Kontrollen, insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs, werden durch ein technisches System überwacht. Darüber hinaus erfolgt ein laufender Abgleich mit den Risiken aus dem RMS, wodurch eine ganzheitliche Sicht und eine einheitliche Bewertung der operationellen Risiken sichergestellt wird. Das IKS wird durch die Schlüsselfunktionen der VPV regelmäßig hinsichtlich Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft.

Das Kontrollsystem unterstützt die Führungskräfte, sich auf die wesentlichen Kontrollen zu konzentrieren, und fördert dadurch nachhaltig die wirtschaftliche Stabilität der VPV. Zudem wird das Risiko- und Kontrollverständnis aller Beteiligten sensibilisiert und gestärkt. Die Umsetzung erfolgt EDV-technisch durch einen Workflow, der allen Entscheidungsträgern zeitnah die Information über die wesentlichen Kontrollen zugänglich macht. Die rechnungslegungsbezogenen Prozesse und die dazugehörigen Kontrollen sind ebenfalls in diesem Workflow erfasst.

Unterstützt wird das IKS durch die Interne Revision, die als übergeordnete Kontrollinstanz des Unternehmens im Auftrag des Vorstands die Elemente des Governancesystems und somit auch das IKS jährlich überprüft.

Umsetzung der Compliance-Funktion

In der VPV-Gruppe wurde eine dezentrale Compliance-Struktur eingerichtet und die Aufgaben der Compliance, des CCO und der Compliance-Officer und deren Zusammenarbeit mit den Schlüsselfunktionen sowie weiteren Sonderfunktionen wie Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, IT-Sicherheitsbeauftragter, Arbeitssicherheitsbeauftragter, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz-Beauftragter und Verantwortlicher Aktuar definiert. Der Bereichsleiter Recht und Compliance führt die Compliance-Funktion aus. Hierbei wird er durch die neun dezentral bestellten Compliance-Officer mit fachlichen Schwerpunkten unterstützt. Der CCO arbeitet im Auftrag des gesamten Vorstands und berichtet ihm gegenüber unmittelbar über aktuelle Compliance-Themen.

Zu den Aufgaben der Compliance-Funktion gehören Maßnahmen der Vorbeugung, Begleitung, Kontrolle sowie Dokumentation und Berichterstattung. Compliance-Risiken werden erkannt und minimiert durch Information und Sensibilisierung über Regelungen sowie Empfehlungen hinsichtlich Maßnahmen zur Verbesserung. Bei Rechts-, Qualitäts-, Personal- und sonstigen Themen wird begleitend beraten.

Die Compliance-Funktion beobachtet, analysiert und beurteilt mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds und berichtet dem Gesamtvorstand. In regelmäßigen Abständen und bei Bedarf ad hoc finden Treffen mit den Fachbereichen statt, in denen über Änderungen im Rechtsumfeld informiert wird und andere wesentliche Compliance-Themen und notwendige prozessuale und strukturelle Maßnahmen diskutiert werden.

Compliance-Risiken werden identifiziert und im Risikoinventar erfasst und bewertet.

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion erfolgen auf Basis eines Compliance-Planes. Der Compliance-Plan berücksichtigt relevante Geschäftsbereiche bzw. Compliance-Risiken. Erforderliche Aktivitäten werden risikoorientiert ausgewählt. Die Aktualität des Compliance-Planes wird regelmäßig überprüft. Die VPV hat in einem Compliance Management System für den Teilbereich Vertrieb übergeordnete Prinzipien und Grundsätze des GDV-Verhaltenskodex konkretisiert. Es wurde ein uneingeschränktes Testat für die anforderungsgerechte Umsetzung durch einen Wirtschaftsprüfer erteilt.

Jeder Mitarbeiter ist angewiesen, den CCO unaufgefordert und aktuell, gegebenenfalls ad hoc, über Sachverhalte zu informieren, die für die Tätigkeit der Compliance von Bedeutung sein könnten.

B.5 Funktion der internen Revision

Beschreibung der Einrichtung der Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision wird für alle Gesellschaften der VPV-Gruppe zentral durch die Konzernrevision wahrgenommen. Die verantwortliche Schlüsselfunktionsinhaberin Interne Revision ist die Leiterin des Bereiches Konzernrevision. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Vorstands und berichtet direkt und unmittelbar an diesen. VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG verfügen jeweils über eine eigene Schlüsselfunktion Interne Revision. Die Interne Revision der VPV-LAG übernimmt als Dienstleister aufgrund eines Ausgliederungsvertrages die Revisionsfunktion auch für die folgenden VPV-Gesellschaften:

- VPV Holding AG
- Vereinigte Post. Die Makler-AG

- VPV Service GmbH
- VPV Vermittlungs-GmbH
- VPV Beratungsgesellschaft für Altersversorgung mbH
- AFS Allgemeiner Finanz Service GmbH

Die Interne Revision ist ein wichtiger Bestandteil des Governance-Systems der VPV. Mit einem risikoorientierten Ansatz prüft und beurteilt sie die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des IKS im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller internen und ausgegliederten Prozesse und Aktivitäten des Unternehmens. Ziele, Aufgaben, Rechte und Pflichten, anzuwendende Prozesse, Berichtswege und Follow-up sind in der Leitlinie Interne Revision geregelt, die im Jahr 2017 überarbeitet, aktualisiert und vom Vorstand verabschiedet wurde. Darüber hinaus finden sich detaillierte Regelungen zu den Revisionsprozessen im Handbuch der Internen Revision. Die Interne Revision hat ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht, das die gesamte Geschäftsorganisation der Konzernunternehmen umfasst.

Die Grundlage für die Prüfungsplanung ist ein vollständiges Prüfungsuniversum, in dem alle wesentlichen Aktivitäten der Geschäftsorganisation definiert sind. Das Prüfungsuniversum wird regelmäßig und mindestens einmal jährlich auf Aktualität und Vollständigkeit überprüft. Die Prüfungsplanung erfolgt auf der Grundlage einer dokumentierten Risikobeurteilung der zu prüfenden Strukturen und Prozesse. Die Prüfungsthemen und der jeweilige Prüfungsturnus sind in einem Mehrjahresplan festzuhalten. Der Mehrjahresplan wird jährlich aktualisiert und ist Ausgangspunkt der Prüfungsplanung für das nächste Geschäftsjahr. Bei der Jahresplanung wird sichergestellt, dass notwendige außerplanmäßige Prüfungen (Ad-hoc-Prüfungen) kurzfristig durchgeführt werden können. Für jede Prüfung wird zeitnah ein Bericht erstellt und dem Vorstand vorgelegt. Zur Behebung der festgestellten Mängel werden aus den Prüfungen Maßnahmen (inkl. Verantwortlichkeiten und Umsetzungstermine) vereinbart. Die Umsetzung der Maßnahmen wird durch die Interne Revision laufend überwacht und der Umsetzungsstand regelmäßig an den Vorstand berichtet. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision vierteljährlich an den Vorstand über die Prüfungstätigkeit im abgelaufenen Quartal, die Umsetzung des Prüfungsplanes sowie eventuelle Änderungen des Prüfungsplanes und den Stand der Maßnahmenumsetzung. Zudem erfolgt eine Berichterstattung an den Aufsichtsrat mindestens im Rahmen der regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen.

Beschreibung der Bewahrung der Objektivität und Unabhängigkeit der Funktion der internen Revision

Die VPV stellt die Objektivität und Unabhängigkeit der Internen Revision durch folgende Maßnahmen sicher. Die Interne Revision berichtet direkt an den gesamten Vorstand. Sie ist disziplinarisch einem Vorstandressort zugeordnet, in dem keine Risikopositionen aufgebaut werden. Darüber hinaus berichtet sie regelmäßig an den Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Bei der Aufstellung der Prüfungsplanung, der Prüfungsdurchführung und der Bewertung von Prüfungsergebnissen handelt die Interne Revision unabhängig und frei von Einflüssen Dritter. Die Interne Revision unterliegt keinen Einschränkungen oder sonstigen Einflüssen, die ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bei der Erledigung ihrer Aufgaben beeinträchtigen könnten. Dazu gehört auch, dass kein Mitarbeiter der Internen Revision operative Aufgaben außerhalb der Internen Revision wahrnimmt. Die Funktion der internen Revision wird nicht in Personalunion mit einer der drei anderen Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion und VMF wahrgenommen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Versicherungsmathematische Funktion als Teil der Governance-Funktionen

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) der VPV arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands und ist ihm gegenüber unmittelbar berichtspflichtig.

Die VMF wird nicht in Personalunion mit einer der drei anderen Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision wahrgenommen. Der Inhaber der VMF ist organisatorisch im Vorstandsressort 2 angesiedelt. Er übt seine Tätigkeit gemäß der für die VPV geltenden Leitlinie für die VMF aus. Die VMF war bis Mitte 2017 an die VPV-LAG ausgegliedert. Ausgliederungsbeauftragter war Herr Dr. Gauß (Vorstandsressort 1). Ab Juli 2017 ist die VMF direkt bei der VPV-SAG angesiedelt. Die Funktion des Verantwortlichen Aktuars der VPV-SAG ist personell getrennt von der VMF, so dass Interessenkonflikte vermieden werden. Durch die organisatorische Struktur wird eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung der VMF gewährleistet. Aufgrund der im Vergleich zu den anderen Governance-Funktionen unterschiedlichen Anforderungen sowie einer anderen organisatorischen Aufstellung im aktuariellen Bereich für die jeweiligen Gesellschaften erfolgt in der Verantwortung eine Dreiteilung der VMF für VPV-Gruppe und VPV-VVaG, VPV-LAG und VPV-SAG.

Hinsichtlich der Berichtsgegenstände der VMF werden die Berechnung der vt. Rückstellungen sowie das Risikomanagement in demselben Ressort organisatorisch unabhängig verantwortet. Eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung ist gewährleistet, da die vt. Rückstellungen vom Gesamtvorstand freigegeben werden und das Risikomanagement von der uRCF überwacht wird.

Aufgaben und Ziele

Gemäß den gesetzlichen Regelungen zur VMF in § 31 VAG nimmt die VMF bei der VPV im Einzelnen folgende Aufgaben je Berichtsgegenstand wahr:

1. Berechnung der vt. Rückstellungen in der Solvenzbilanz

- Koordination der Berechnung der vt. Rückstellungen für die Solvenzbilanz
- Sicherstellung der Angemessenheit der verwendeten Methoden und der zugrunde liegenden Modelle sowie der Annahmen bei der Berechnung der vt. Rückstellungen
- Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der für die Berechnung der vt. Rückstellung zugrunde gelegten Daten
- Vergleich der besten Schätzwerte mit den Erfahrungswerten
- Information des Vorstandes über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der vt. Rückstellung
- Überwachung der Berechnung der vt. Rückstellung in den Fällen gemäß Artikel 82 der Rahmenrichtlinie
- Erläuterung der Auswirkungen von Änderungen in angewendeten Daten, Methoden oder Annahmen zwischen Bewertungsstichtagen, sofern diese erheblich sind
- Regelmäßige Prüfung der Validierungsverfahren, Verfeinerung dieser bei Bedarf unter Berücksichtigung gewonnener Erfahrungswerte aus vorangegangenen Validierungen sowie ggf. veränderten Marktbedingungen

2. Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik

- Beobachtung und laufende Prüfung der Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik hinsichtlich der Risikotragfähigkeit und der Tarifierungsgrundlagen sowie die Formulierung einer jährlichen Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik

3. Rückversicherung

- Verfolgung der Rückversicherungssituation unter laufender Beachtung der Angemessenheit bezüglich Risikotragfähigkeit und Rechnungsgrundlagen sowie einer jährlicher Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen

4. Risikomanagement

- Beobachtung sämtlicher Aktivitäten des Risikomanagements gemäß den einschlägigen Artikeln der Rahmenrichtlinie sowie insbesondere laufende Überwachung der angemessenen Beurteilung der vt. Risiken

Diese Tätigkeiten zielen darauf ab, die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu stärken und die Geschäftsfähigkeit des Unternehmens dauerhaft sicherzustellen. Zu diesem Zweck sind die vorhandenen Prozesse und Methoden wirksam einzusetzen sowie auch erforderliche Steuerungsinstrumente zu entwickeln. Damit soll der Geschäftsleitung unter den für die VMF relevanten Aspekten die Voraussetzung für eine optimale Unternehmenssteuerung zur Verfügung gestellt werden.

Einbindung der Versicherungsmathematischen Funktion in die Berichtsprozesse

Die VMF erstellt einmal jährlich, bei Bedarf auch ad hoc, einen Bericht an den Vorstand. Hierin berichtet die VMF über ihre Aktivitäten und Maßnahmen zu den oben beschriebenen vier Aufgabefeldern. Es wird zu den jeweils verwendeten Methoden, den getroffenen Annahmen, der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der verwendeten Daten und der Korrektheit und der gewonnenen Ergebnisse Stellung genommen sowie über die mit den Ergebnissen verbundenen Unsicherheiten berichtet. Schließlich werden auch bestehende Unzulänglichkeiten und Verbesserungspotenziale aufgezeigt. Diesbezüglich wird auf die einschlägigen Entwicklungen seit dem letzten Bericht eingegangen.

B.7 Outsourcing

Darstellung der Outsourcing-Politik

Die VPV hat eine Leitlinie zum Outsourcing aufgestellt, die Verantwortlichkeiten festlegt und Prozesse darstellt, um die mit Outsourcing-Vorgängen einhergehenden Risiken zu begrenzen und die aufsichtsrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Kategorisierung der Outsourcing-Vorgänge

Alle Ausgliederungsvorgänge werden nach folgender Dreiteilung kategorisiert:

- Fremdbezug von Leistungen
- Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinne
- Ausgliederung einer wichtigen Funktion oder Versicherungstätigkeit

Fremdbezug von Leistungen sind Tätigkeiten ohne Bezug zum Versicherungsgeschäft und werden nicht an den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ausgliederungen gemessen.

Die Anforderungen an Ausgliederungen im aufsichtsrechtlichen Sinne sind im § 32 Abs. 1 VAG geregelt und sind auf die Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten eines Versicherungsunternehmens mit einer gewissen Erheblichkeit anzuwenden.

Eine Ausgliederung wichtiger Funktionen oder Versicherungstätigkeiten liegt vor, wenn diese für den Versicherungsbetrieb unerlässlich ist. Die Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und die VMF und die Bereiche Vertrieb, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung, Rechnungswesen sowie Vermögensanlage und -verwaltung werden grundsätzlich als wichtig eingestuft.

Abhängig von der Einstufung der Ausgliederungsvorhaben werden nach einer Risikoanalyse entsprechende Regelungen in die Verträge aufgenommen und ein Dienstleistungscontrolling aufgesetzt.

Organisatorische Einbindung des Outsourcing

Das Outsourcing ist Teil des IKS. Im Rahmen des IKS werden die mit dem Outsourcing einhergehenden operationalen Risiken bestimmt, begrenzt und überwacht. Zur Wahrnehmung dieser Tätigkeiten ist ein sog. Outsourcing-Management eingesetzt. Dieses arbeitet im Auftrag der Geschäftsleitung und ist dieser gegenüber unmittelbar berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Outsourcing-Managements obliegt der Geschäftsleitung.

Der ausgliedernde Fachbereich sorgt für die Umsetzung und Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ggf. unter Einbeziehung des Outsourcing-Managements.

Erkennt der ausgliedernde Fachbereich bei Ausgliederungsvorhaben Risiken, die über die operative Ebene hinausgehen, meldet er dies dem Risikomanagement. Dieses erfasst, bewertet und überwacht daraufhin im Rahmen des Risikomanagements die Risiken.

Wesentliche auf externe Dienstleister ausgelagerte Funktionen oder Tätigkeiten

Dienstleister	Ausgelagerte Funktion	Rechtsraum
Helaba Invest Kapitalanlagengesellschaft mbH	Vermögensverwaltung	Deutschland
Landesbank Baden-Württemberg und LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung	Deutschland
Fujitsu TDS GmbH	Betrieb des SAP-Systems für buchhalterische Zwecke	Deutschland

Die Ausgliederungen der VPV erfolgen im Wege der Subdelegation über die VPV-LAG.

1. Die Vermögensverwaltung der VPV ist ausgelagert auf die Helaba Invest Kapitalanlagengesellschaft mbH. Bei der Helaba Invest Kapitalanlagengesellschaft mbH handelt es sich um eine Kapitalanlagegesellschaft, die zu einer der führenden Kapitalverwaltungsgesellschaften im institutionellen Asset Management zählt.
2. Die Tätigkeit des Frontoffice für die Direktanlage sowie Dienstleistungen der Kapitalanlage-Beratung der VPV sind an die Landesbank Baden-Württemberg und die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ausgelagert.
3. Der Betrieb des SAP-Systems der VPV wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch das Rechenzentrum der Firma Fujitsu TDS GmbH, Neckarsulm, sichergestellt. Die VPV wickelt darüber ihre Finanzbuchhaltung, die Kostenrechnung, die Personal- und Provisionsabrechnung sowie Teile des Kapitalanlagennebenbuchs ab. In Betrieb ist das System SAP ECC 6.0.

Wesentliche gruppeninterne Outsourcing-Vereinbarungen

Konzernintern besteht zwischen der VPV und der VPV-LAG ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag, über den die Bereiche Vertrieb, Rechnungswesen sowie Vermögensanlage und -verwaltung und Dienstleistungen, wie z. B. Produktentwicklung, Personalverwaltung, Datenverarbeitung ausgelagert werden.

Außerdem besteht zwischen der VPV und der VPV-Service ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag, über den die Bestands- und die Leistungsverwaltung ausgelagert werden.

B.8 Sonstige Angaben

Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Das Governance-System beinhaltet neben den vier Schlüsselfunktionen uRCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und VMF weitere Governance-Funktionen und -Prozesse. Dies sind der Verantwortliche Aktuar der VPV-LAG, der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der IT-Sicherheitsbeauftragte sowie der Koordinator für das IKS. Außerdem zählen zum Governance-System die Ausgliederungsprozesse, das Beschwerdemanagement, das Notfallmanagement, das interne Hinweisgebersystem und die eingerichteten Fit & Proper-Prozesse.

Der Gesamtvorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG und sorgt für eine kurzfristige Umsetzung der erforderlichen Änderungen. Die Bewertung einzelner Bereiche der Geschäftsorganisation erfolgt durch das hierfür zuständige Mitglied der Geschäftsleitung. Der Gesamtvorstand wird über die Ergebnisse der Bewertung informiert und steuert die Umsetzung erforderlicher Veränderungen. Die regelmäßige Bewertung der gesamten Geschäftsorganisation ist durch einen Prüfplan sichergestellt. Das Ergebnis der Bewertung sowie die Umsetzung notwendiger Änderungen werden dokumentiert.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wird regelmäßig geprüft. Bei der Bewertung des Governance-Systems berücksichtigt der Gesamtvorstand Erkenntnisse, die die Funktion der internen Revision bei der von ihr durchgeführten Überprüfung der Geschäftsorganisation gewonnen hat, sowie die Erkenntnisse, zu denen die Schlüsselfunktionen bei der Durchführung ihrer Aufgaben gelangt sind.

Der Gesamtvorstand ist bei der Bewertung des Governance-Systems zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risikostrategie und die Steuerung des Unternehmens aufeinander abgestimmt und zur Geschäftsstrategie konsistent sind. Die Geschäftsorganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und der Risikostrategie. Das Governance-System der VPV wird vor dem Hintergrund der Art, dem Umfang und seiner mittleren Komplexität (insbesondere Spezialisierung auf ausgewählte Versicherungssparten, nur in Deutschland operierender Versicherer sowie Fokussierung auf Privatkunden) der Geschäftstätigkeiten unter Beachtung inhärenter Risiken als geeignet umgesetzt betrachtet. Diese Einschätzung rührt u. a. aus einer achtsamen und anforderungsgerechten Umsetzung der Solvency II-Anforderungen.

Die Aufgaben der VMF sowie die aktuariellen Aufgaben im Allgemeinen werden von einem kompetenten Team von einschlägig ausgebildeten Aktuaren wahrgenommen.

Als weiteres Indiz für ein angemessenes und wirksames Governance-System wertet die VPV die Tatsache, dass die Kundenbeschwerdequote gegen die VPV gering ist, und dass Rechtsstreitigkeiten mit Versicherungsnehmern in der Regel zu Gunsten der VPV beigelegt oder rechtskräftig abgeschlossen werden.

Alle genannten Funktionen und Prozesse sind eingerichtet, in den Strukturen des VPV-Konzerns gegenüber den Mitarbeitern kommuniziert und werden aktiv gelebt. Die genannten Funktionen sind zum Teil personell miteinander verknüpft und wirken im Übrigen über eingerichtete Schnittstellen und Gremien wie dem Kooperationsforum Governance (Mitglieder: die vier Schlüsselfunktionen sowie der Verantwortliche Aktuar der VPV-LAG) und in monatlichen Koordinationsbesprechungen Governance (uRCF, Compliance-Funktion und Funktion der internen Revision) eng zusammen. Unter Berücksichtigung dieser einzelnen Elemente wird die Angemessenheit des Governance-Systems der VPV-Gesellschaften bestätigt.

Alle anderen wesentlichen Informationen

Die bisherigen Ausführungen zum Governance-System sind vollständig und bedürfen keiner weiteren Ergänzung.

C. Risikoprofil

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das vt. Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Das Produktportfolio der VPV beinhaltet wesentliche Geschäftsbereiche und damit Risiken aus dem Bereich Nicht-Leben, Kranken und Leben, wobei das vt. Risiko Leben nur von sehr untergeordneter Bedeutung ist. Weit gewichtiger sind die beiden Module der vt. Risiken Nicht-Leben und Kranken.

Das vt. Risiko Nichtleben sowie Kranken nach Art der Nichtleben entsprechend der Solvency II Definition untergliedert sich in folgende Subrisiken:

- Prämienrisiko: Risiko unzureichender Versicherungsprämien, um künftige vt. Verpflichtungen zu decken
- Reserverisiko: Risiko unzureichender vt. Rückstellungen, um vt. Verpflichtungen noch nicht abgewickelter oder noch nicht bekannter Schäden zu begleichen
- Katastrophenrisiko: Risiko, dass die tatsächlichen Katastrophenschäden den hierfür vorgesehenen Prämienanteil übersteigen
- Stornorisiko: Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt

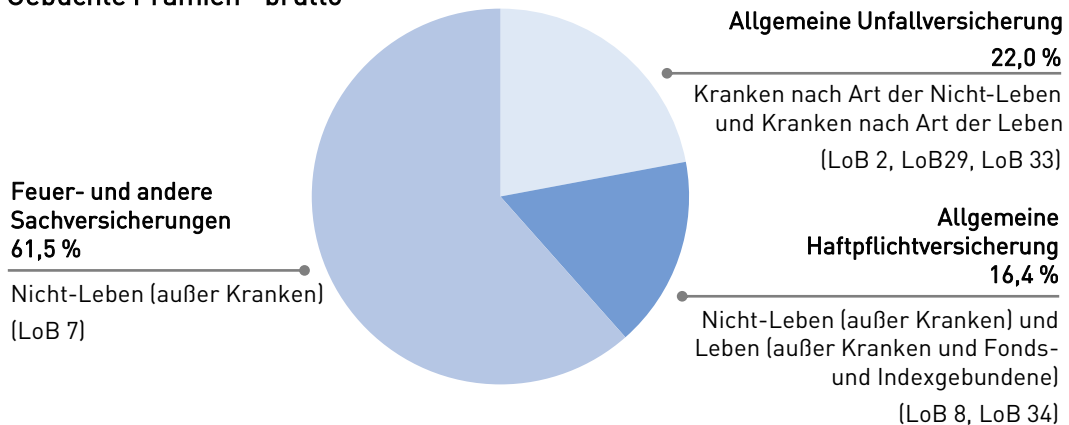
Das vt. Risiko Leben sowie Kranken nach Art der Leben entsprechend der Solvency II Definition untergliedert sich in die folgenden Subrisiken:

- Sterblichkeitsrisiko: Gefahr einer nachteiligen Veränderung oder eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsrate ergibt
- Langleblichkeitsrisiko: Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Sterblichkeitsrate ergibt, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt
- Invalidität: Gefahr einer negativen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, Trend oder bei der Volatilität der Invaliditäts-, Krankheits- und Morbiditätsrate ergibt
- Stornorisiko: Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt
- Kostenrisiko: Gefahr eines Wertverlusts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt
- Revisionsrisiko: Gefahr einer nachteiligen Veränderung der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, Trend oder der Volatilität des Rentenzahlungswerts aufgrund einer Revision der Anspruchssituation ergibt
- Katastrophenrisiko: Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt

Bei der Betrachtung der Geschäftsbereiche ergibt sich ein differenziertes Bild hinsichtlich der Risikoexposition durch die Versicherungstechnik. Wie aus dem nachfolgenden Schaubild hervorgeht ist der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen (LoB 7) bei der VPV gemess-

sen an den Bruttobeiträgen stark repräsentiert. Es handelt sich dabei um die Versicherungszweige Verbundene Hausratversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung, Glasversicherung und Technische Versicherung. Der Anteil beträgt über 60%. Daher wird bei der Risikobetrachtung auch besonderes Augenmerk auf diesen Bereich gelegt. Die Allgemeine Unfallversicherung (LoB 2, LoB 29, LoB 33) sowie die Allgemeine Haftpflichtversicherung (LoB 8, LoB 34) stellen ebenfalls bedeutende Geschäftsbereiche der VPV dar. Nicht in der Grafik aufgeführt ist der Geschäftsbereich Verschiedene finanzielle Verluste (LoB 12; Nicht-Leben (außer Kranken)) mit einem Anteil an den gebuchten Brutto-Prämien von unter 0,05%.

Gebuchte Prämien - brutto



Die Bewertung des vt. Risikos erfolgt zunächst anhand verschiedener statistischer sowie aktuarieller Auswertungen der aktuellen sowie vergangenen Geschäftsjahreskennzahlen zu Beitragseinnahmen, Schadenzahlungen und der Entwicklung der Rückstellungen. Die VPV verfügt zudem über ein partielles Risikomodell zur detaillierten Analyse des vt. Risikos, das ergänzend zu den Auswertungen anhand der Standardformel unter Solvency II eine vollständigere Sicht über das vt. Risikoprofil ermöglicht.

Das vt. Risiko dominiert insgesamt das Risikoprofil der VPV. Unabhängig von der gewählten Art der Risikomessung stellt es vor dem Marktrisiko den größten Bestandteil des Gesamtrisikos dar. Hier von hat wiederum das Naturkatastrophenrisiko den größten Anteil, das maßgeblich aus den Nicht-Leben-Verträgen hervorgeht. Am stärksten wirken sich hierbei Sturmgefahren aus. Zur Beurteilung und Kontrolle des Naturkatastrophenrisikos werden regelmäßig Auswertungen erstellt. Ergänzend werden Risikoeinschätzungen und Analysen von externen Anbietern eingeholt.

Für das Naturkatastrophenrisiko wurde zum 31.12.2017 eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Dabei wird ein Anstieg des Naturkatastrophen-Exposures von 10% unterstellt, wodurch sich entsprechend höhere Schadenerwartungen für die Gefahren Sturm, Hagel, Flut und Erdbeben ergeben. Die Ergebnisse der Analyse zeigen einen Anstieg des vt. Risikos Nicht-Leben um 20%. Nach Berücksichtigung von Diversifikationseffekten verbleibt ein Anstieg der Solvenzkapitalanforderung von 16%. Die Quereffekte auf die Eigenmittel wurden nicht separat untersucht. Unter der vereinfachten Annahme einer unveränderten Eigenmittelausstattung ergibt sich eine Verringerung der Solvenzquote um 32 Prozentpunkte. Dieses Risiko wird jedoch stets überwacht und könnte ggf. kurzfristig durch Rückversicherungszukauf gemindert werden.

Das Prämien- und Reserverisiko im Bereich Nicht-Leben ist ebenfalls als wesentliches Risiko einzustufen. Im Bereich Kranken nach Art der Nichtleben stellt es sogar den größten Anteil dar. Den Risiken aus der Prämienkalkulation und der Reservierung begegnet die VPV grundsätzlich durch den Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren. Anhand derer können die aus der Kalkulation stammenden skizzierten Risiken entsprechend gesteuert und reduziert werden. Bei Bedarf werden hierzu bei der VPV auch Drohverlustrückstellungen gebildet, die anhand aktuarieller Me-

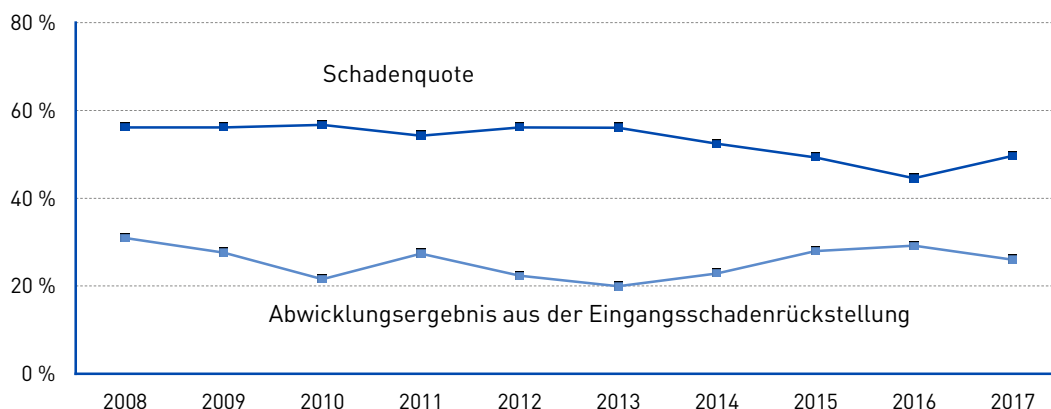
thoden ermittelt werden. Des Weiteren begegnet die VPV dem Prämien- und Reserverisiko durch eine sorgfältige Produktentwicklung, eingehende Risikoprüfungen aller Versicherungsanträge und Sicherheitszuschlägen in den Prämien. Seitens der VMF werden zusätzlich Kontrollen zur ausreichenden Tarifierung durchgeführt. In der Kompositversicherung ergaben sich im Geschäftsjahr grundsätzlich über alle Sparten hinweg Gewinne aus der Abwicklung der Schadenrückstellungen für eigene Rechnung. Dies ist ein Beleg für die ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen. Die Angemessenheit der Reserven wird zudem regelmäßig überprüft und ist insbesondere Bestandteil des Reserveberichts der VMF.

Die Risiken Kranken nach Art der Leben stammen aus der LoB 29, den VPV Vital-Produkten. Dabei dominieren das Invaliditätsrisiko sowie das Kostenrisiko. Für das Invaliditätsrisiko führt die VPV regelmäßige Analysen durch, die keine Manifestation des Risikos aufzeigen. Die Kostensteuerung der VPV erfolgt grundsätzlich auf Ebene des Konzerns. Hierzu erfolgt eine konsequente Analyse der Kostentragfähigkeit des Unternehmens. Die vt. Risiken Leben der VPV sind unwesentlich.

Die durchgeführten Untersuchungen anhand des partiellen Risikomodells basierend auf dem 31.12.2017 ermöglichen eine Analyse der Belastung im Stressszenario. Für die Simulation werden hierzu die Annahmen aus der MFP hinsichtlich Beiträgen, Kosten und Schadenquoten verwendet. Die Modellparameter werden zunächst anhand des aktuellen Bestands kalibriert und um interne Experteneinschätzungen ergänzt. Zur Modellierung von Naturereignissen werden zusätzlich Risikoauswertungen externer Anbieter herangezogen. Insgesamt wird so gewährleistet, dass innerhalb des Modells der Bestand der VPV und die damit einhergehenden Risiken adäquat abgebildet werden. Als Stressszenario wird das 200-Jahresereignis herangezogen. Die Gesamtbelastung in der Anfalljahressicht nach Rückversicherung beträgt hier 17% der Eigenmittel. Den größten Anteil dieses Stresses – mit 85% – weist der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen (LoB 7) auf. Die Einschnitte sind demnach zwar deutlich, aufgrund der aktuellen komfortablen Solvenzsituation ist die VPV allerdings dennoch in der Lage eine deutliche Überdeckung hinsichtlich der Solvenzquote im Stressszenario zu halten.

Einen zentralen Aspekt der Solvenzsituation der VPV stellt der umfangreiche Rückversicherungsschutz dar. Eine speziell auf die Risiken der VPV zugeschnittene Kombination aus verschiedenen Excess-of-Loss-, Quoten- und Stop-Loss-Verträgen ermöglicht eine effiziente Risikominderung. Die Rückversicherung wird hinsichtlich ihrer Wirkung regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Dabei wird stets auf eine sehr gute Bonität der Rückversicherer geachtet. Der Verlauf der bilanziellen Netto-Schadenquoten, wie im nachfolgenden Schaubild ersichtlich, untermauert die risikomindernde Wirkung der Rückversicherung. Dies verdeutlicht sich ebenfalls im betrachteten Stresstest. Die Anfalljahressicht brutto im Vergleich zur Anfalljahressicht netto zeigt, dass die Belastung der Eigenmittel bei Wegfall der Rückversicherung auf 54% anstelle der bereits genannten 17% ansteigen würde.

Bilanzielle Netto-Schadenquote und Netto-Abwicklungsergebnis



Konzentrationsrisiken innerhalb der Versicherungstechnik werden durch ein Überwachungs- und Meldesystem erfasst, damit bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte Maßnahmen ergriffen werden können. Bisherige Untersuchungen des Versicherungsbestands und der Schadenverläufe haben keine Anzeichen für wesentliche Konzentrationsrisiken aufgezeigt.

Die VPV nutzt keine Zweckgesellschaften zur Übertragung von Risiken.

C.2 Marktrisiko

Marktrisiken resultieren aus nachteiligen Veränderungen der Höhe oder Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Nach Solvency II wird das Marktrisiko in folgende Subkategorien untergliedert:

- Zinsrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus zinsensiblen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten
- Aktienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung der Höhe oder der Volatilität von Marktpreisen für Aktien
- Immobilienrisiko: die Gefahr eines Wertverlustes aus einer nachteiligen Veränderung der Immobilienpreise
- Spread-Risiko: die Gefahr aus nachteiligen Veränderung des Werts von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die durch Änderungen der Höhe oder der Volatilität von Kredit-Spreads über der risikofreien Zinsstrukturkurve verursacht wird
- Wechselkursrisiko: die Gefahr aus Veränderungen in der Höhe oder der Volatilität von Wechselkursen
- Konzentrationsrisiko: Risiko kumulierter Engagements gegenüber derselben Gegenpartei. Das Untermodul Konzentrationsrisiko umfasst keine anderen Konzentrationsrisiken wie z. B. geografische Konzentrationen oder Sektorkonzentrationen der gehaltenen Vermögenswerte.

Das Spread-Risiko und das Marktkonzentrationsrisiko werden im Kapitel C.3 (Kreditrisiko) nicht erneut aufgegriffen. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt. Bei der VPV dominieren grundsätzlich die spezifischen Risiken Spread-Risiko und Zinsänderungsrisiko.

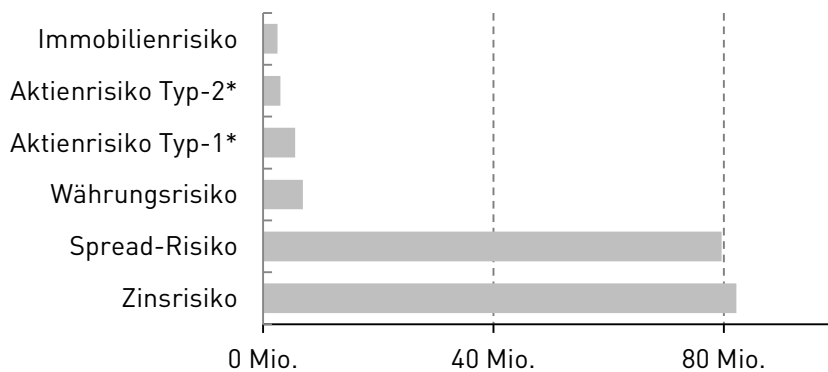
Den Marktrisiken begegnet die VPV im Rahmen der Kapitalanlagestrategie durch eine langfristig orientierte und gut diversifizierte Anlagepolitik, die regelmäßig anhand von ALM-Studien und der SAA überprüft wird. Die Anlagepolitik der VPV ist primär auf die nachhaltige Steigerung der Risikotragfähigkeit ausgerichtet. Dabei steht der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, stets im Vordergrund. Die VPV legt im Rahmen der Anlagerichtlinien großen Wert auf die Diversifikation der Kapitalanlagen, um das unsystematische Risiko zu minimieren und die Risiko-Ertrags-Relation zu verbessern.

Im Rahmen der ALM-Studien wird zur Bewertung der Kapitalanlage und der Marktrisiken ein eigenes für das anhaltende Niedrigzinsumfeld entwickeltes Szenario herangezogen. Die Annahmen dieses Szenarios stehen im Einklang mit der MFP, die von der Geschäftsleitung in Abstimmung mit den Fachbereichen festgelegt wird. Insbesondere wird die anhand der langfristigen Kapitalanlageallokation motivierte Investmentstrategie berücksichtigt. Mittels stochastischer Szenarien werden wahrscheinlichkeitsbasierte Aussagen über die zukünftige Unternehmenslage in unterschiedlichen Kapitalmarktpfaden getroffen. Die sich aus den Studien ergebenden Projektionen sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die etwaige Anpassung und Umsetzung der Strategie und liefern die Möglichkeit, die Marktrisiken des Kapitalanlagebestandes zu analysieren. Die Prozesse und die dazugehörigen Ergebnisse der ALM-Studien sind eng mit den Prozessen des Kapitalanlagemanagements inkl. der SAA verknüpft, so dass marktnahe Inputdaten für die ALM-Studien zur Verfügung stehen und auch deren Ergebnisse direkt in die Kapitalanlagestrategie einfließen können. So wird

sichergestellt, dass die Risiken nicht unterschätzt werden und andererseits sich bietende Chancen im Rahmen der Risikotragfähigkeit genutzt werden können.

Das Marktrisiko nimmt nach dem vt. Risiko den größten Bestandteil des Risikos der VPV ein. Die Struktur der Kapitalanlagen der VPV im Geschäftsjahr 2017, die im Kapitel D.1 aufgeführt und erläutert wird, induziert bereits die wesentlichen Marktrisiken der VPV, wie sie sich auch in den unterschiedlichen Risikobetrachtungen bestätigen – sei es gemäß der Standardformel, bei der Berechnung des GSB oder bei Betrachtung der Analysen aus ALM-Studien und der SAA. Der nachfolgenden Abbildung ist die Zusammensetzung der Vermögenswerte zu entnehmen.

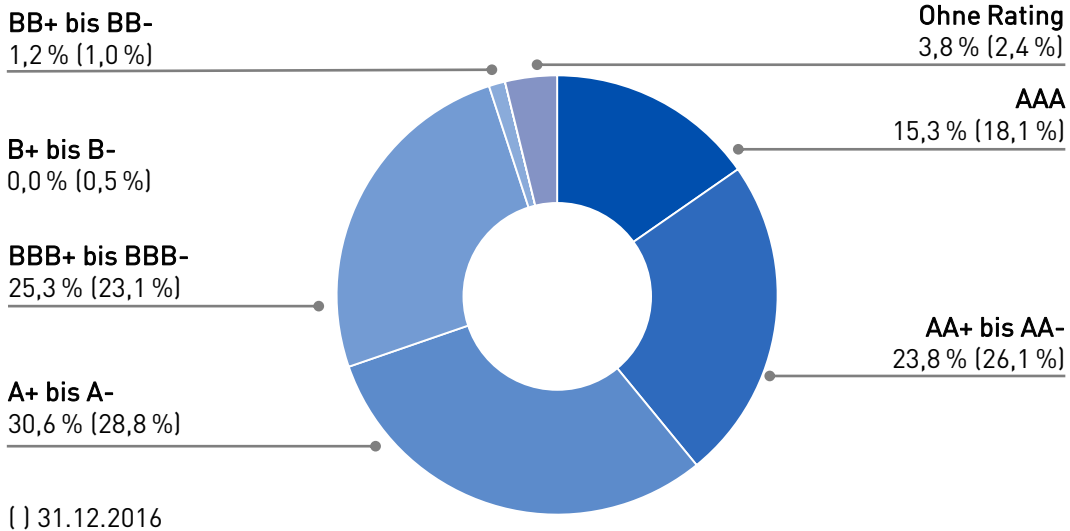
Exposure der Kapitalanlage in Marktwerten nach Risikoarten



*Basisschockszenario bei Typ-1 niedriger als bei Typ-2

Aufgrund des hohen Anteils festverzinslicher Wertpapiere sind das Zinsanstiegsrisiko sowie das Spread-Risiko entscheidende Ursachen, die zu einem Rückgang der Bewertungsreserven und damit zu einer Belastung der Eigenmittel führen können. Das Zinsrückgangrisiko ist hingegen aufgrund des kleinen Bestands an Renten und der vorwiegenden Kurzläufigkeit der vt. Verpflichtungen insgesamt unwesentlich. Das Spread-Risiko wird durch pro Ratingklasse und pro Emittent vergebene Limite kontrolliert, deren Einhaltung durch das Kapitalanlagecontrolling und das Zentrale Risikocontrolling überwacht wird.

Wie aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich wird, ist die VPV hauptsächlich in Anlagen guter Bonität investiert. Dadurch kann die Kreditqualität der Kapitalanlagen weiterhin hoch gehalten werden. Die Maßnahmen der VPV zur Minderung der Liquiditätsrisiken (Kapitel C.4) führen indes dazu, dass die Materialisierung des Zins- und Spread-Risikos effektiv reduziert werden kann.

Rating Direktbestand zum 31.12.2017

Des Weiteren ist die VPV den Risiken aus Aktieninvestments, Beteiligungen, Immobilien sowie Fremdwährungen ausgesetzt. Das Aktieninvestment wird von VPV-Kapitalanlageexperten – unterstützt durch die Beratung externer Anbieter – sorgfältig ausgewählt. Die VPV spricht sich gegen eine statische Absicherung des Aktienrisikos aus. Stattdessen erfolgt ein enges Monitoring der Investments und des Marktes zum punktuellen Einsatz von Wertsicherungsinstrumenten. Vor dem Hintergrund der gewünschten regelmäßigen Dividendenerträge und der langfristig ausgerichteten Buy-and-Hold-Strategie hat die VPV im Geschäftsjahr 2017 auf eine Sicherung gegen Kursschwankungen der Aktien verzichtet. Die Beteiligungen der VPV sind im Geschäftsjahr planmäßig aufgrund weiterer Abrufe angewachsen, so dass das eingegangene Risiko hiermit ebenfalls angestiegen ist. Sowohl die Fondsinvestments im Rahmen der Beteiligungen als auch die Immobilienfonds der VPV unterliegen jeweils einem gesonderten Management. Das Risiko aus Direktimmobilien ist hingegen unwesentlich. Die VPV hat die in US-Dollar notierten Anleihen im Geschäftsjahr unverändert fortgeführt, um das im Vergleich zum Euroland höhere Renditeniveau in anderen Währungen zu nutzen. Die damit einhergehenden Fremdwährungsrisiken unterliegen einem separaten Monitoring. Absicherungen wurden anhand von ausgewählten Devisentermingeschäften im Verlauf des Geschäftsjahres 2017 wechselkursabhängig geöffnet und geschlossen. Das verbleibende Fremdwährungsrisiko ist wie im Vorjahr geringfügig.

Im Bereich der Kapitalanlagen ist durch entsprechende Anlagerichtlinien ausreichend Vorsorge zur Reduktion von Konzentrationsrisiken getroffen worden. Diese können daher als unwesentlich eingestuft werden. Bei Überschreitung der vorgegebenen Limite und Schwellenwerte wird ein Eskalationsverfahren gestartet, entsprechende Maßnahmen folgen unmittelbar.

Für das Spread-Risiko wurden zum 31.12.2017 verschiedene Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Zunächst wurde eine Schwankung der dem Spread-Risiko zugrunde liegenden Marktwerte untersucht. Hierzu wurden sowohl ein Anstieg der Marktwerte als auch ein Rückgang der Marktwerte um jeweils 5% hinsichtlich der Auswirkung auf die Solvenzsituation analysiert. Dabei wird angenommen, dass die Struktur des Bondportfolios insbesondere hinsichtlich der Verteilung auf Ratingkategorien, Laufzeiten und Länder beibehalten wird. Es zeigt sich erwartungsgemäß eine korrespondierende und symmetrische Auswirkung auf die Eigenmittel: Die Solvenzquote steigt, respektive fällt um ca. 10 Prozentpunkte. Dass der Anstieg höher ausfällt als die Schwankung der Marktwerte an sich, erklärt sich durch den hohen Anteil des Bondportfolios am Kapitalanlagebestand, der die Eigenmittel deutlich übersteigt. Des Weiteren wurde analysiert, wie sich eine Schwankung des Spread-Risikos an sich ohne Veränderung der Marktwerte auf die Solvenzsituation auswirkt. Dabei wurden sowohl ein Anstieg als auch ein Rückgang des Spread-Risiko um jeweils 20% unterstellt. Auch hier zeigt sich erwartungsgemäß eine symmetrische Auswirkung auf die Solvenzsituation. Nach Berücksichtigung der Diversifikationseffekte innerhalb des Marktrisikos

sowie innerhalb der Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) verbleibt näherungsweise ein Drittel der Risikoveränderung mit einer Auswirkung von minus, respektive plus knapp 3 Prozentpunkten auf die Solvenzquote.

Die Kapitalanlagestrategie und der Umgang der VPV mit den Marktrisiken gewährleisten somit insgesamt den Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und gehen damit konform mit der Geschäfts- und Risikostrategie der VPV. Gemäß obigen Ausführungen ist die VPV in der Lage, ihre Risiken umfangreich und im Detail zu überwachen und zu steuern. Der Grundsatz, eine größtmögliche Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität der Anlagen zu gewährleisten, steht in Einklang mit den im Allgemeinen kurzläufigen und schwankenden Verpflichtungen der Schadenunfallversicherung. Somit erfolgt die Kapitalanlage stets im besten Interesse der Versicherungsnehmer, so dass keine Interessenskonflikte entstehen. Die genannten Derivate dienen ausschließlich zur Minderung des Aktien- und Fremdwährungsrisikos. Risikokonzentrationen werden effektiv vermieden.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko subsumiert das Gegenparteiausfallrisiko, das Spread-Risiko sowie Marktrisikokonzentrationen. Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder der nachteiligen Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Verschlechterungen der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldnern ergibt. Das Spread-Risiko und das Marktkonzentrationsrisiko werden innerhalb des Abschnitts C.2 zum Marktrisiko behandelt. Hiermit wird eine Konsistenz zu den unter Kapitel E beschriebenen Solvenzkapitalanforderungen hergestellt.

Für die VPV besteht das Gegenparteiausfallrisiko im Wesentlichen bei Forderungen gegenüber Rückversicherern, bei Derivaten und Bankguthaben sowie gegenüber Versicherungsnehmern. Insgesamt ist die VPV mit einem moderaten Gegenparteiausfallrisiko konfrontiert. Der Anteil am Risiko liegt weit unter 5%. Die VPV verzichtet daher aus Proportionalitätsgründen auf eine Durchführung separater Stresstests sowie Sensitivitätsanalysen.

Die Zusammenarbeit der VPV mit Rückversicherern basiert auf jahrelangen Erfahrungen. Die VPV konzentriert sich dabei auf Rückversicherer mit sehr guten Ratings und achtet gleichzeitig auf eine angemessene Diversifikation des Risikos. Aus diesem Grund wird das Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Rückversicherern als sehr gering eingestuft.

Die Forderungsbeträge gegenüber den Rückversicherern stellen sich wie folgt dar:

Forderungen gegenüber Rückversicherern [TEUR]	31.12.2017	Rating
Swiss Re Europe S.A., Niederlassung Deutschland München	3.593	AA-
CCR Re, Paris	6	A-
E+S Rückversicherung AG, Hannover	21	AA-
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München	10	AA-

Zur Eingrenzung des Ausfallrisikos von Forderungen aus Derivaten und Bankguthaben ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart, beauftragt, etablierte Banken mit gutem Rating auszuwählen.

Dem Ausfallrisiko von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wird durch ein effektives Forderungsmanagement und – soweit notwendig – durch zusätzliche Einzel- und Pauschalwertberichtigungen begegnet. Zum Bilanzstichtag hatte die VPV 361 TEUR ausstehende Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, deren Fälligkeitszeitpunkt 90 Tage überschritten hat. Die durchschnittliche Ausfallquote an Forderungen der vergangenen drei Jahre beträgt 1,5%.

C.4 Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiken versteht die VPV die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachzukommen, bei Bedarf keine ausreichende Liquidität beschaffen oder aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen zu können (Liquidierbarkeitsrisiko).

Es muss jederzeit gesichert sein, dass die VPV ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Durch die ALM-Studien, die konzernweite Kapitalanlageplanung und die detaillierte Liquiditätsplanung ist die VPV in der Lage, kurzfristig und für viele Jahre im Voraus die über Kapitalerträge und Fälligkeiten erzeugte Liquidität sowohl zeitlich als auch quantitativ an den versicherungsseitigen Liquiditätsbedarf anzupassen und insbesondere die Differenz zwischen erhaltenen Beiträgen und Versicherungsleistungen ausgleichen zu können. Dies gilt auch dann, wenn alle Anleihen mit einem Kündigungsrecht nicht zum erwarteten Kündigungstermin zurückgezahlt werden sollten. Die Anlagepolitik verfolgt dabei stets das Ziel einer jederzeitigen und nachhaltigen Sicherstellung der Liquidität und der Vermeidung von Liquiditätsengpässen.

Sollte im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen des Liquiditätsbedarfs ein Änderungsbedarf angezeigt werden, so passt die VPV ihre Anlagestruktur entsprechend an. Die detaillierte unterjährige Liquiditätsplanung ermöglicht zudem eine zielgenaue und kurzfristige Liquiditätssteuerung. Im Berichtsjahr sind zu keiner Zeit Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn beträgt 2.403 TEUR.

C.5 Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken sind solche Gefahren zu verstehen, die aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen (Kontroll-) Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge extern getriebener Ereignisse (z. B. Systemausfall, Betrug, Fehler) entstehen können. Entsprechend dieser Kategorisierung werden bei der VPV speziell folgende vier Kriterien untersucht, aus denen operationelle Risiken entstehen können:

- Interne Prozesse
- Systeme (IT)
- Externe Ereignisse
- Beschäftigte

Rechtliche und steuerliche Risiken werden ebenfalls unter der Kategorie operationelle Risiken geführt und geprüft.

Den operationellen Risiken begegnet die VPV mit einem ursachenbezogenen Risikomanagement und einem konzernweiten Vorsorgesystem. Das Vorsorgesystem dient ex ante zur Risikoreduktion und ex post zur Begrenzung der Auswirkungen eingetretener Risiken auf Prozesse und Systeme. Es setzt sich aus einem webbasierten IKS, den systemseitigen Sicherungen und einem Business Continuity Managementsystem zusammen. Die Richtigkeit und Vollständigkeit des Rechnungslegungsprozesses wird ebenfalls durch das IKS gesichert. Das IKS wird in regelmäßigen Abständen auf Konsistenz und Vollständigkeit überprüft. Die VPV führt regelmäßige Penetrationstests (IT-Stresstests) durch und reduziert damit das operationelle Risiko.

Präventiv wirkende Maßnahmen werden durch das Notfallmanagement ergänzt, das regelmäßig mit verschiedenen Szenarien sowohl in der Theorie als auch in der Praxis überprüft wird und für die Einleitung von Sofortmaßnahmen im eingetretenen Risikofall zur Verfügung steht. Auch dadurch konnte die VPV in den vergangenen Jahren große Fortschritte in der Sensibilisierung der Mitarbeiter und Führungskräfte für operationelle Risiken erzielen. Im Konzern hat sich eine sehr

gute Risikokultur etabliert, die damit einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Risikoreduktion, insbesondere bei der Risikokategorie der operationellen Risiken, leistet.

Die aus der Unternehmensstrategie abgeleitete Personalstrategie umfasst u. a. vielfältige Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Sozialleistungen. Diese sind entscheidende Bindungsfaktoren der VPV, mit denen den Risiken im Personalbereich begegnet wird. Mit diesen Konzepten eröffnet sich die VPV Chancen auf einen geeigneten Mitarbeiterstamm sowie erfahrene Ansprechpartner für die Kunden. Mit der langjährigen Bindung der Mitarbeiter wird das Know-how im Unternehmen gesichert.

Als Konsequenz aus dem Beitritt zum GDV-Verhaltenskodex für den Vertrieb von Versicherungsprodukten wurde in der Vergangenheit ein Compliance Management System für den Vertrieb nach den Grundsätzen des Prüfungsstandards 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer umgesetzt. Hierbei wurden die jeweiligen Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex dahingehend betrachtet, ob die vorhandenen Richtlinien, Prozesse und Kontrollen geeignet sind, die Verpflichtungen abzudecken und damit risikomindernd oder sogar vermeidend zu wirken. Dieses System wurde im abgelaufenen Berichtsjahr weiter ausgebaut und verfeinert und wird regelmäßig einer Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer unterzogen.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten und die aktuelle Rechtsprechung werden laufend durch die Konzernrechtsabteilung beobachtet. Die Rechtslage wird durch Mitarbeit in Gremien und Verbänden antizipiert, um auf Chancen und Risiken aus Veränderungsimpulsen frühzeitig reagieren zu können. Die Fachbereiche werden bei rechtlichen Beratungen, Vertragsabschlüssen und Verhandlungen bei Bedarf durch die Konzernrechtsabteilung unterstützt.

Die Konzernsteuerabteilung beobachtet und überprüft stetig Änderungen der Steuergesetzgebung auf etwaigen Handlungsbedarf. Des Weiteren wirkt die Konzernsteuerabteilung auf die Einhaltung der steuerrechtlichen Verpflichtungen hin.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategische Risiken können durch das Nichterreichen der strategischen Ziele, falsche Geschäftsentscheidungen und die sich daraus ergebenden negativen Folgen auf den Unternehmenswert entstehen. Sie können auch durch eine mangelnde Anpassungsfähigkeit an bestehende oder absehbare Umweltfaktoren entstehen. Das Chancenmanagement muss diese Möglichkeiten rechtzeitig aufzeigen, damit die richtigen strategischen Schlüsse und Entscheidungen getroffen werden können. Die VPV ermittelt, bewertet und kategorisiert die strategischen Risiken im konzern einheitlichen Prozess der Risikoidentifikation. Sie unterliegen im Rahmen dieses Prozesses einer regelmäßigen Überprüfung. Die VPV begegnet diesen Risiken u. a. durch eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmensstrategie.

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer potenziellen Schädigung des Rufs eines Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergeben können. Sie können sich damit direkt oder indirekt auf zukünftiges Geschäftsvolumen auswirken. Des Weiteren korrelieren sie in der Regel mit Risiken anderer Risikokategorien. Die VPV minimiert diese Risiken durch verantwortungsvolles und kundenorientiertes Handeln sowie durch wettbewerbsgerechte Produkte. Dennoch kann sich die VPV in Fällen negativer Berichterstattung über die Versicherungsbranche dem nicht entziehen. Die VPV sieht aber auch Chancen, sich mit bedarfsgerechten Produkten und hervorragender Beratungs- und Servicequalität von Wettbewerbern abzuheben.

Andere wesentliche Risiken bestehen nicht. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat bestätigt, dass die VPV mit ihrer strategischen Ausrichtung die Weichen richtig gestellt und bereits heute ihr Produktportfolio strategisch erweitert hat.

C.7 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Risikoprofil sind in den Kapiteln C.1 bis C.6 enthalten.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Struktur der Vermögenswerte

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	26	-26
Latente Steueransprüche	1.544	0	1.544
Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge)	93.500	82.775	10.725
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	400	400	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	0	0	0
Aktien	5.581	4.682	899
Anleihen	79.619	70.331	9.288
Organismen für gemeinsame Anlagen	5.154	4.812	343
Derivate	196	0	196
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	2.550	2.550	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	11.509	11.785	-276
Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	2.270	4.135	-1.865
Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und fonds- und indexgebundene Verträge	9.239	7.649	1.590
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.649	1.649	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	9.652	3.630	6.022
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	199	199	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.761	2.761	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	0	1.326	-1.326
Vermögenswerte	120.815	104.152	16.663

Beschreibung der Bewertungsgrundlagen, Methoden und Hauptannahmen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Für immaterielle Vermögensgegenstände (hier: EDV-Software) erfolgt kein Wertansatz in der Solvenzbilanz, da diese Vermögensgegenstände schwer veräußerbar sind.

In der Handelsbilanz werden entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände mit den Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend der Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Der Bewertungsunterschied ist somit der Wertansatz in der Handelsbilanz.

Latente Steueransprüche [Aktive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerentlastungen, die sich bei den Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steueransprüche angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerentlastung führen.

In der Solvenzbilanz errechnen sich die latenten Steuern aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenzbilanz und der Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,5 % bewertet. Latente Steueransprü-

che werden mit latenten Steuerschulden weder saldiert noch diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor.

In der Handelsbilanz erfolgt aufgrund der steuerlichen Eigenschaft als Organgesellschaft kein Ansatz von latenten Steuern.

Anlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Verträge) [Kapitalanlagen]

Immobilien (außer zur Eigennutzung) [Grundstücke und Bauten]

In dieser Position wird ein vermietetes Objekt ausgewiesen.

In der Solvenzbilanz ist das Objekt mit dem Zeitwert angesetzt, der gemäß § 55 RechVersV nach der Ertragswertmethode ermittelt wird.

In der Handelsbilanz erfolgt der Wertansatz mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 341 b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden berücksichtigt.

Aufgrund der in der Handelsbilanz erfolgten außerplanmäßigen Abschreibung auf den Zeitwert besteht zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz zum Stichtag kein Bewertungsunterschied.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen [Beteiligungen]

Unter dieser Position sind direkt gehaltene Beteiligungen an Kommanditgesellschaften, die sich zwischenzeitlich in Abwicklung befinden, in geringer Höhe ausgewiesen.

Als Zeitwert wird in der Solvenzbilanz das anteilige Kommanditkapital analog der Handelsbilanz angesetzt. Dadurch ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Aktien

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Aktien	5.581	4.682	899
Aktien - notiert	5.581	4.682	899
Aktien - nicht notiert	0	0	0

Die Aktien betreffen getätigte Investitionen in ein Aktienportfolio. Es handelt sich hierbei um notierte Aktien.

In der Solvenzbilanz wird der Zeitwert der Aktien gemäß § 56 RechVersV anhand von Börsenkursen zum Bilanzstichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz erfolgt die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 und 3 HGB wie Anlagevermögen, da der gesamte Bestand dazu bestimmt ist, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ergeben sich Bewertungsunterschiede durch unterschiedliche Aktienkurse.

Anleihen [Wertpapiere]

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Anleihen	79.619	70.331	9.288
Staatsanleihen	22.155	18.666	3.489
Unternehmensanleihen	57.464	51.665	5.799

– Staatsanleihen

In dieser Position werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von öffentlicher Hand begeben werden, sei es von Zentralstaaten/Bundesstaaten, supranationalen staatlichen Institutionen, multinationalen Entwicklungsbanken, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen. Ebenfalls werden in dieser Position zum Teil Anleihen mit Staatsgarantie erfasst.

Für liquide börsennotierte Anleihen wird in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt.

In der Handelsbilanz erfolgt der Wertansatz für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, soweit diese im Anlagevermögen gehalten werden, gemäß § 341 b HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzgl. Abschreibungen. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde beachtet. Für die Bewertung der auf fremde Währungen lautenden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wird gemäß § 256 a HGB der Wert in Originalwährung zum fortgeführten Devisenanschaffungskurs in Euro umgerechnet. Die Namensschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen werden gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt.

Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zins- bzw. Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang stille Reserven. Entsprechend bestehen bei einer Spreadausweitung stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zins- und Spreadniveaus Nettoreserven. Außerdem werden in der Solvenzbilanz enthaltene Stückzinsen handelsrechtlich in der Position „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ berücksichtigt.

– Unternehmensanleihen

In dieser Position werden alle Wertpapiere der handelsrechtlichen Bilanzpositionen Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und -darlehen ausgewiesen, die von Finanz- und Industrieunternehmen begeben werden bzw. nicht der Position Staatsanleihen zuzuordnen sind.

Für liquide börsennotierte Anleihen wird in der Solvenzbilanz der Börsenkurs zzgl. Stückzinsen zum Stichtag angesetzt. Für alle anderen Papiere wird der Wert anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads zzgl. Stückzinsen ermittelt.

In der Handelsbilanz werden Ausleihungen an verbundene Unternehmen mit den Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzgl. Abschreibungen bilanziert. Der Wertansatz für alle anderen Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgt, soweit diese im Anlagevermögen gehalten werden, gemäß § 341 b HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung abzgl. Abschreibungen. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde beachtet. Für die Bewertung der auf fremde Währungen lautenden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wird gemäß § 256 a HGB der Wert in Originalwährung zum fortgeführten Devisenanschaffungskurs in Euro umgerechnet. Die Namensschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen werden gemäß § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt.

Die Bewertungsunterschiede sind überwiegend dadurch begründet, dass das Zins- bzw. Spreadniveau zum Bewertungsstichtag im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt abweicht. Bei einem Zinsanstieg entstehen stille Lasten bzw. bei einem Zinsrückgang stille Reserven. Entsprechend bestehen bei einer Spreadausweitung stille Lasten bzw. bei einer Spreadeinengung stille Reserven. Zum Bewertungsstichtag ergeben sich aufgrund des aktuellen Zins- und Spreadniveaus Nettoreserven. Außerdem werden in der Solvenzbilanz enthaltene Stückzinsen handelsrechtlich in der Position „Sonstige nicht an andere Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ berücksichtigt.

Organismen für gemeinsame Anlagen [Investmentfonds]

In dieser Position werden Fonds ausgewiesen, die hauptsächlich in Immobilien investieren.

In der Solvenzbilanz werden die Fonds mit dem Net-Asset-Value (NAV) zum Stichtag bzw. mit dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften übermittelten Rücknahmewerten zum Stichtag ermittelt.

In der Handelsbilanz werden die Anteile an Investmentvermögen, soweit diese dem Anlagevermögen zugeordnet sind, mit den fortgeführten Anschaffungskosten, im Falle einer dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert.

Die Bewertungsunterschiede der Fondsanteile werden überwiegend durch abweichende Zeitwerte der von den Fonds gehaltenen Immobilien bestimmt. Die Zeitwerte der Immobilien werden mittels Wertgutachten oder Discounted Cash Flow (DCF) Verfahren ermittelt. Entsprechend entstehen auf Fondsebene stille Reserven oder stille Lasten.

Derivate

Zur Absicherung der Währungsrisiken bei den US-Dollar-Anleihen wurden im Berichtsjahr einzelbewertete Devisentermingeschäfte (derivative Finanzinstrumente) eingesetzt.

Die Devisentermingeschäfte wurden in der Solvenzbilanz mit ihrem höheren Forwardkurs zum Bilanzstichtag im Vergleich zum vereinbarten Forwardkurs angesetzt. In der Handelsbilanz erfolgte gemäß dem Realisationsprinzip dagegen kein Ansatz der Derivategeschäfte.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit der Bewertungsunterschied im Ansatz der Derivate in der Solvenzbilanz.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Hier werden die Einlagen bei Kreditinstituten, insbesondere Festgelder und Tagesgelder ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt in der Handelsbilanz zum Nennwert. In der Solvenzbilanz wird aufgrund der kurzen Laufzeiten ebenfalls der Nennwert angesetzt. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen [Anteile Rückversicherung an vt. Rückstellungen]

Aktiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	11.509	11.785	-276
Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	2.270	4.135	-1.865
Nicht-Leben außer Kranken	1.255	4.135	-2.881
Nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken	1.015	0	1.015
Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene	9.239	7.649	1.590
Nach Art der Leben betriebene Kranken	9.239	7.649	1.590
Leben außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene	0	0	0

Dargestellt ist der an die Rückversicherung zedierte Anteil an den vt. Brutto-Rückstellungen.

Die Rückstellungen, die unter „Nicht-Leben und nach Art der Nicht-Leben betriebene Kranken“ zusammengefasst sind, setzen sich in der Solvenzbilanz aus Schaden- und Prämienrückstellungen zusammen. Dabei wird als Schadenrückstellung der Barwert für die erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen verwendet. Es wurde bei der Ermittlung der Beträge das Chain-Ladder-Verfahren angewendet. Als Prämienrückstellung wird die Differenz aus erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen zzgl. erwarteter zukünftiger Kosten und erwarteter zukünftiger Prämien aus Mehrjahresverträgen zzgl. Beitragsüberträgen verwendet. Für beide Rückstellungsarten wurden die Berechnungen sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis durchgeführt und daraus die einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen berechnet.

Bei den zedierten Rückstellungen für Versicherungen nach „Leben und nach Art der Leben betriebene Kranken außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene“ handelt es sich zum einen um den zedierten Anteil an den Renten-Deckungsrückstellungen für Unfall- und Haftpflichtrenten. In der Solvenzbilanz handelt es sich dabei um den Barwert der zu erwartenden zukünftigen Zahlungen für Rentenfälle unter Berücksichtigung von Kosten und vorzeitigen Abgängen. Zum anderen handelt es sich um die zedierten Rückstellungen für Kranken für die Verpflichtungen aus den VPV Vital-Produkten. Hierzu sind die zukünftigen zedierten Cash Flows noch nicht eingetretener Rentenfälle zu bewerten. Die Vorgehensweise erfolgt dabei analog zur Prämienrückstellung Nicht-Leben, wobei zusätzlich ein Beitragsstorno unterstellt wird. Für die zedierten Cash Flows der eingetretenen, aber noch nicht anerkannten Rentenfälle erfolgt die Bewertung analog zur Schadenrückstellung Nicht-Leben.

In der Handelsbilanz erfolgt der Ausweis der Rückversicherungsanteile auf der Passivseite als Abzugsbetrag von den vt. Bruttorekstellungen. Die Ermittlung erfolgt entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen mit den Rückversicherern.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz resultiert aus den unterschiedlich vorgeschriebenen Methoden für die Berechnung der vt. Rückstellungen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Forderungen aus dem s. a. G.]

Unter dieser Position sind die fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern (im Wesentlichen Beitragsforderungen) und Versicherungsvermittlern (Beteiligungsgeschäft) ausgewiesen.

Aufgrund der kurzfristigen Laufzeit von bis zu einem Jahr erfolgt die Bewertung zum Nennwert abzgl. Wertberichtigungen.

Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

In dieser Position werden Abrechnungsforderungen aus der Rückversicherung sowie Gewinnanteilsforderungen aus einer Jahresüberschaden-Rückversicherung (Mehrbranchen-Stop-Loss (MBSL)) ausgewiesen.

Aufgrund der kurzfristigen Laufzeit von bis zu einem Jahr wird der Ansatz der Rückversicherungsforderungen in der Solvenzbilanz zum Nennwert analog der handelsrechtlichen Bewertung vorgenommen. Wegen des Imparitätsprinzips erfolgt handelsrechtlich kein Ansatz der Gewinnanteilsforderung aus dem MBSL-Vertrag.

Der Bewertungsunterschied ist die Gewinnanteilsforderung aus dem MBSL-Vertrag.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung) [Sonstige Forderungen]

In diesem Posten werden Forderungen aus dem konzerninternen Verrechnungsverkehr und aus der Inanspruchnahme von Kreditlinien ausgewiesen. Des Weiteren umfasst dieser Posten Forderungen aus Zins-, Miet- und Nebenkostenansprüchen sowie gegenüber der Finanzbehörde.

Die Bewertung erfolgt sowohl in der Solvenz- als auch in der Handelsbilanz zum Nennwert. Daher besteht kein Bewertungsunterschied.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Unter diesem Posten werden die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt sowohl in der Solvenz- als auch in der Handelsbilanz zum Nennwert.

Es besteht kein Bewertungsunterschied.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

In der Handelsbilanz werden noch nicht fällige Zinsen als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt. In der Solvenzbilanz sind diese bereits im Zeitwert bei der entsprechenden Kapitalanlagenposition enthalten und werden somit als Abgrenzungsposten nicht separat ausgewiesen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Verwendete Hauptannahmen bei der Berechnung der Best Estimate Rückstellung und Risikomarge

Die folgende Tabelle stellt die vt. Rückstellungen unter Solvency II getrennt nach Geschäftsbereichen dar.

Vt. Rückstellungen - Solvency II [TEUR]	31.12.2017 IST
Nicht-Leben (außer Kranken)	
Feuer- und andere Sachversicherungen	18.983
Best Estimate Rückstellung	17.424
Risikomarge	1.560
Allgemeine Haftpflichtversicherung (ohne Renten in Leistung)	3.499
Best Estimate Rückstellung	3.157
Risikomarge	342
Verschiedene finanzielle Verluste	0
Best Estimate Rückstellung	0
Risikomarge	0
Kranken (nach Art der Nicht-Leben)	
Berufsunfähigkeitsversicherung	5.633
Best Estimate Rückstellung	5.310
Risikomarge	323
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und nicht im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	85
Best Estimate Rückstellung	80
Risikomarge	5
Kranken (nach Art der Leben)	
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	5.165
Best Estimate Rückstellung	3.926
Risikomarge	1.239
Krankenversicherung	9.267
Best Estimate Rückstellung	7.603
Risikomarge	1.664
Vt. Rückstellungen - Solvency II	42.632
Best Estimate Rückstellung	37.500
Risikomarge	5.132

Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die vt. Rückstellungen setzen sich aus dem Best Estimate (BE) – dem besten Schätzwert der vt. Rückstellungen – und der Risikomarge zusammen. Im Folgenden wird auf die einzelnen Komponenten eingegangen sowie deren Berechnung skizziert.

Best Estimate (Nicht-Leben und Kranken nach Art der Nicht-Leben)

Der BE ist der unter Anwendung realistischer Annahmen berechnete mit Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichtete Barwert aller zukünftigen Zahlungsströme aus den Versicherungsverträgen.

Der überwiegende Teil der Rückstellungen, die unter Nicht-Leben-Segmente zusammengefasst sind, setzt sich zusammen aus Schaden- und Prämienrückstellungen je Geschäftsbereich. Die Ermittlung der Schadenrückstellung erfolgt mit Hilfe des Chain-Ladder-Verfahrens. Hierbei wer-

den bei der Ermittlung der Schadenrückstellungen Aufwandsdreiecke auf Anfalljahresbasis inkl. Berücksichtigung von externen Schadenregulierungskosten und ohne Inflationsbereinigung zugrundegelegt und die ermittelten Chain-Ladder-Faktoren um Ausreißer bereinigt. Aus diesen Größen wird ein Barwert mit Hilfe der verwendeten Zinsstrukturkurve gebildet. Da in den Daten die internen Schadenregulierungskosten nicht enthalten sind, werden diese mit einer aktuariellen Methode in Anlehnung an das Paid-to-Paid-Verfahren erfasst und additiv ergänzt.

Als Prämienrückstellung wird die Differenz aus erwarteten zukünftigen Schadenzahlungen zzgl. erwarteter zukünftiger Kosten und erwarteter zukünftiger Prämien aus Mehrjahresverträgen und Beitragsüberträgen verwendet. Zur Ermittlung der Prämienrückstellung wird eine vereinfachte Methode mit Hilfe von Schaden-Kosten-Quoten und geschätzter zukünftiger Prämieinnahmen angewendet. Als Prämieinnahmen werden die zukünftigen Prämien von mehrjährigen Verträgen herangezogen. Als Annahme für zukünftige Schäden wird die Ultimate-Schadenquote sowohl auf diese Prämieinnahmen als auch auf die Beitragsüberträge angewendet. Eine Einschätzung der zukünftigen Kosten wird mit Hilfe der geplanten Kostenquote vorgenommen. Dabei wird die Kostenquote auf die Prämieinnahmen angewendet; auf die Beitragsüberträge wird nur die Verwaltungskostenquote angewendet. Aus diesen Größen wird ein Barwert mit Hilfe der verwendeten Zinsstrukturkurve gebildet.

Der Geschäftsbereich Verschiedene finanzielle Verluste wird aufgrund der Geringfügigkeit der Beträge nach HGB bewertet.

Best Estimate (Leben und Kranken nach Art der Leben)

Bei der Rückstellung für Leben (außer Fonds- und Indexgebundene Versicherungen) sowie Kranken nach Art der Leben werden für die Rentenzahlungsverpflichtungen die Deckungsrückstellungen für Haftpflicht – respektive Unfallrenten sowie Vitalrenten ausgewiesen. Dabei handelt es sich um den Barwert der zu erwartenden zukünftigen Zahlungen für Rentenfälle unter Berücksichtigung von Kosten und vorzeitigen Abgängen. Als Ausscheideordnung wird fallbezogen die DAV 2006 HUR oder die DAV 2008 P zugrunde gelegt. Eine Diskontierung wird mit der verwendeten Zinsstrukturkurve durchgeführt.

Neben den Rentenzahlungsverpflichtungen sind innerhalb der Rückstellung für Kranken nach Art der Leben, konkret der Krankenversicherung, für die Verpflichtungen aus den VPV Vital-Produkten die zukünftigen Cash Flows noch nicht eingetretener Rentenfälle zu bewerten. Die Vorgehensweise erfolgt dabei analog zur Prämienrückstellung Nicht-Leben, wobei zusätzlich ein Beitragsstorno unterstellt wird. Für die Cash Flows der eingetretenen, aber noch nicht anerkannten Rentenfälle erfolgt die Bewertung analog zur Schadenrückstellung Nicht-Leben.

Risikomarge

Die Risikomarge entspricht dem Betrag, den ein Versicherungsunternehmen fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen eines anderen Versicherungsunternehmens zu übernehmen. Die Risikomarge berücksichtigt insbesondere das Risiko höherer Auszahlungsströme für Schäden bzw. Versicherungsleistungen und für den Versicherungsbetrieb als geschätzt (Zufallsrisiko, Irrtumsrisiko). Die Bewertung der Risikomarge erfolgt als Aufschlag zum BE dergestalt, dass damit die planmäßigen Kapitalkosten verdient werden. Zur Berechnung wird ein Kapitalkostensatz von 6 % angesetzt. Der Wertansatz zur Ermittlung der Risikomarge erfolgt gemäß Hierarchiestufe 3 auf Basis approximierter Zeitreihen für das SCR proportional zum Abwicklungsmuster des Besten Schätzwertes der jeweiligen Geschäftsbereiche. Die Berücksichtigung der Risikomarge bewirkt, dass der erwartungsgemäß von den Prämien nicht benötigte Teil zum Bilanzstichtag nicht in Gänze als Gewinn ausgewiesen wird, sondern teilweise als Entgelt für die Risikotragung zurückgestellt wird.

Grad an Unsicherheiten in Bezug auf die Solvency II-Berechnung und Methode

Bei der Bewertung der vt. Rückstellungen bestehen zunächst Unsicherheiten aufgrund des Modellierungsrisikos. Dabei kann insbesondere eine fehlerbehaftete Bewertung des BE durch eine ungeeignete Modellwahl auftreten. Um diesen Unsicherheiten entgegenzuwirken, werden seitens der VMF regelmäßig alternative Modellansätze ausgewertet, untereinander verglichen und mit historischen sowie Erwartungswerten plausibilisiert.

Des Weiteren können Unsicherheiten bei der Bewertung der vt. Rückstellungen aufgrund des Prognoserisikos entstehen. Statistischen Fehleinschätzungen der Schadenrückstellungen auf Basis der Schadenverläufe der Vergangenheit begegnet die VPV durch eine sorgfältige Analyse der Schadenhistorien und der zugehörigen Abwicklungsdreiecke. Ggf. werden Prognosefaktoren nach Identifikation von Auffälligkeiten angepasst.

Unsicherheiten bei der Bewertung der Rentenrückstellungen Leben und Kranken nach Art der Leben ergeben sich aus der Verwendung der Ausscheideordnungen DAV 2006 HUR sowie DAV 2008 P.

Zufallsbedingten Schwankungen der zukünftigen Verpflichtungen kann man innerhalb des BE nicht entgegenwirken, da es sich hierbei um eine Bestimmung eines festen Wertes handelt, der insofern kein Spektrum an möglichen Schadenverläufen ausweisen kann. Diese Risiken sind stattdessen innerhalb der Solvenzkapitalanforderung hinsichtlich des 200-Jahresereignisses berücksichtigt. Innerhalb der vt. Rückstellungen finden die zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen durch die Berechnung der Risikomarge Berücksichtigung.

Weitere Unsicherheiten treten bei der Bewertung der vt. Rückstellungen aufgrund des Änderungsrisikos auf. Insbesondere können dabei Abweichungen von zukünftigen Entwicklungen von der Vergangenheit durch künftige Maßnahmen des Managements auftreten. Dieses Änderungsrisiko ist aufgrund der kontinuierlichen Geschäfts- und Risikostrategie als gering einzuschätzen.

Die VMF koordiniert und überwacht die Berechnung der vt. Rückstellungen. Dabei wird die Angemessenheit der zugrunde liegenden Modelle inkl. der Parametrisierungen sowie weiteren Annahmen bei der Berechnung der vt. Rückstellungen regelmäßig analysiert und überprüft.

Insgesamt sind gegenwärtig keine wesentlichen Unsicherheiten bekannt. Die vorhandenen Unsicherheiten sind identifiziert und werden regelmäßig analysiert und ggf. ergänzt.

Gegenüberstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz und HGB-Bilanz

Vt. Rückstellungen - Solvency II und HGB [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Nicht-Leben	28.115	45.169	-17.054
Nicht-Leben (außer Kranken)	22.482	31.442	-8.960
Kranken (nach Art der Nicht-Leben)	5.633	13.727	-8.094
Leben (außer Fonds- und Indexgebundene)	14.517	16.208	-1.691
Kranken (nach Art der Leben)	14.432	16.132	-1.700
Leben (außer Kranken und Fonds- und Indexgebundene)	85	76	8
Vt. Rückstellungen	42.632	61.377	-18.746
Sonstige vt. Rückstellungen	0	15.516	-15.516
Vt. Rückstellungen (inkl. Sonstige vt. Rückstellungen)	42.632	76.894	-34.262

Die Abweichungen zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz resultieren zum einen aus methodisch unterschiedlichen Bewertungsansätzen und zum anderen aus der Nichtberücksichtigung von han-

delsrechtlichen Bilanzpositionen. In der Solvenzbilanz erfolgt die Bewertung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in homogenen Risikogruppen gemäß den in der Historie beobachteten Erwartungen unter Berücksichtigung der Diskontierung mit der risikolosen Zinsstrukturkurve. In der Handelsbilanz wird die Bewertung einzelvertraglich nach dem Vorsichtsprinzip zzgl. einer Spätschadenpauschale sowie intern zurückgestellter Schadenregulierungskosten ohne eine Diskontierung vorgenommen und fällt dementsprechend deutlich höher aus.

Unter Solvency II werden innerhalb der Prämienrückstellung ebenfalls etwaige Schäden aus bereits eingegangen vertraglichen Verpflichtungen berücksichtigt. Unter HGB wird diese Bilanzposition nicht angesetzt.

In der Solvenzbilanz wird innerhalb der vt. Rückstellungen die Risikomarge berücksichtigt, um Kapitalkosten aufgrund zukünftiger Zufalls- und Änderungsrisiken Rechnung zu tragen. Dieser wesentliche Bestandteil der Solvency II-Rückstellungen ist unter HGB nicht enthalten.

Analyse der Auswirkungen der Long-Term Guarantee- und Übergangsmaßnahmen

Bei der VPV-SAG wurden bei der Bewertung der vt. Rückstellungen weder die genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen nach §§ 351 VAG und 352 VAG noch die Volatilitätsanpassung (VA) nach § 82 VAG angewendet.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Es gibt keine weiteren als die auf der Aktivseite unter Kapital D.1 ausgewiesenen einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Quantitative Angaben zu sonstigen Verbindlichkeiten

Passiva [TEUR]	Solvency II	HGB	Abw.
31.12.2017	IST	IST	
Vt. Rückstellungen (inkl. Sonstige vt. Rückstellungen)	42.632	76.894	-34.262
Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	860	860	0
Rentenzahlungsverpflichtungen	625	495	130
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	167	167	0
Latente Steuerschulden	11.913	0	11.913
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.640	1.640	0
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	253	253	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	4.535	4.535	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	55	55	0
Verbindlichkeiten	62.681	84.900	-22.219

Qualitative Angaben zu sonstigen Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Unter der Position Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen werden die handelsrechtlichen Bilanzpositionen Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen zusammengefasst. Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich um Rückstellungen für variable Vergütungsbestandteile, ausstehende Rechnungen, Jahresabschluss- und Aufbewahrungskosten.

Die Bewertung der nichtversicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nur für die Aufbewahrungskosten in geringem Umfang und sind gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Aus Wesentlichkeits- sowie Proportionalitätsgründen ist der Wertansatz in der Solvenzbilanz aus der Handelsbilanz übernommen worden. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Rentenzahlungsverpflichtungen [Pensionsrückstellungen]

In dieser Position werden ausschließlich Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen ausgewiesen.

In der Solvenzbilanz werden Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen als Näherung für eine marktkonsistente Bewertung unter Benutzung eines Durationsansatzes bewertet. Dies ist notwendig, da die entsprechenden Zahlungsströme nicht vorliegen. Der Ansatz zur Bewertung der Pensionsrückstellung in der Solvenzbilanz basiert auf dem anzusetzenden handelsrechtlichen Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen, der auf Basis eines Diskontierungszinses von 3,68 % gemäß § 1 Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ermittelt wurde.

Für die Bewertung in der Solvenzbilanz wurde aus dem Bestand zum Bilanzstichtag eine Duration von 15 Jahren ermittelt. Ausgangslage für die Ermittlung war der Erfüllungsbetrag jeweils berechnet mit einem Diskontierungszins gemäß HGB über 7 Jahre (2,82 %) und 10 Jahre (3,68 %). Des Weiteren sind die Pensionsrückstellungen unter Solvency II mit einem Diskontierungszins gemäß IAS 19 zu bewerten. Maßgeblich hierfür sind erzielbare Renditen für hochwertige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt mit einem AA-Rating unter Berücksichtigung der Duration des Bestandes zum Bilanzstichtag. Als Bewertungsgrundlage haben wir die veröffentlichte Mercer Yield Curve verwendet, die auf Indizes von Thomson Reuters Datastream basiert. Hieraus wurde bei einer Duration von 15 Jahren ein Diskontierungszins von 1,93 % ermittelt.

Der Erfüllungsbetrag gemäß HGB wird für die Bewertung in der Solvenzbilanz unter Berücksichtigung einer aus dem Bestand ermittelten Duration von 15 Jahren und auf Grundlage eines ermittelten Diskontierungszinses gemäß IAS 19 von 1,93 % umbewertet. Bei einem anzusetzenden Zinssatz von 1,93 % (HGB: 3,68 %) ergibt sich eine weitere Absenkung des Diskontierungszinses von jährlich 1,75 %, die multipliziert mit einer Duration von 15 Jahren zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellung in der Solvenzbilanz von ca. 26 % führt.

Handelsrechtlich werden die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB im Geschäftsjahr auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Geschäftsjahre abgezinst. Die Berechnung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt nach der Projected Unit Credit Methode (PUC) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,68 %. Bei der Ableitung des Diskontierungszinssatzes wurde eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt.

Der Bewertungsunterschied zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz ergibt sich im Wesentlichen aus dem zugrundeliegenden Diskontierungszins.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Im Posten Depotverbindlichkeiten sind für Rentenverpflichtungen des Rückversicherers Sicherheitsbeträge gemäß den vertraglichen Vereinbarungen einbehalten worden.

Der Wertansatz erfolgt in der Handelsbilanz mit dem Erfüllungsbetrag. Aus Wesentlichkeitsgründen und aufgrund der jährlichen Abrechnung mit dem Rückversicherer ist der Wertansatz in der

Solvenzbilanz aus der Handelsbilanz übernommen worden. Zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz besteht somit kein Bewertungsunterschied.

Latente Steuerschulden [Passive latente Steuern]

In der Solvenzbilanz werden Steuerbelastungen, die sich bei Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund von Differenzen zur Steuerbilanz ergeben, als latente Steuerschulden angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dabei zu einer künftigen Steuerbelastung führen.

In der Solvenzbilanz errechnen sich die latenten Steuern aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvenz- und Steuerbilanz. Bei Auslegungsfragen wird auf den internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem kombinierten Steuersatz von 30,5% bewertet. Latente Steuerschulden werden mit latenten Steueransprüchen weder saldiert noch diskontiert. In der Solvenzbilanz liegt bei den latenten Steuern insgesamt ein Passivüberhang vor.

Der Passivüberhang an latenten Steuern resultiert in der Solvenzbilanz im Wesentlichen aus folgenden Bilanzpositionen:

- Kapitalanlagen
- Forderungen Rückversicherung
- Vt. Rückstellungen

In der Handelsbilanz bestehen keine passiv latenten Steuerschulden. Der Bewertungsunterschied resultiert somit aus der Solvenzbilanz.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern [Verbindlichkeiten aus dem s. a. G.]

Unter dieser Position sind die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern zum Stichtag ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

In diesem Posten werden die Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern zum Stichtag ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) [Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung]

In dieser Position werden im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Steuerbehörden und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Es handelt sich um kurzfristige Verbindlichkeiten. Zahlungsziele von über einem Jahr bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

In dieser Sammelposition werden alle bisher nicht ausgewiesenen Bilanzpositionen zusammengefasst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Schadenverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der kurzfristigen Laufzeit mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert, der dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Daher bestehen zwischen Solvenz- und Handelsbilanz keine Bewertungsunterschiede.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die beizulegenden Zeitwerte unter Solvency II werden auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt. Die Zuordnung gibt Auskunft darüber, welche der ausgewiesenen Zeitwerte über Transaktionen am Markt zustande gekommen sind und in welchem Umfang die Bewertung wegen fehlender Markttransaktionen auf alternativen Bewertungsmethoden beruht, welche auf Basis beobachtbarer marktabgeleiteter Inputfaktoren oder mittels Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren erfolgen. Die Zuordnung zu einer der drei Stufen hängt von den im Rahmen der Bewertung verwendeten Inputfaktoren ab:

- Stufe 1: Notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.
- Stufe 2: Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise gemäß Stufe 1 zu verwenden, so erfolgt eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind. Preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt sind dabei in Form von Korrekturen zu berücksichtigen.
- Stufe 3: Alternative Bewertungsmethoden mit Verwendung von an aktiven Märkten beobachtbaren oder nicht beobachtbaren Inputfaktoren; dabei kann es sich sowohl um Informationen handeln, die den Marktteilnehmern zugänglich sind (Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.), als auch um unternehmensinterne Informationen.

Bei Anwendung von Stufe 3 handelt es sich um eine alternative Bewertungstechnik, bei der die Bewertung so weit wie möglich aus Vergleichswerten abgeleitet, extrapoliert oder auf andere Weise unter größtmöglicher Verwendung von Marktdaten errechnet wird. Sofern eine Bewertung zu Modellpreisen erforderlich ist, basiert die Bewertung in größtmöglichem Umfang auf beobachtbaren Eingangsparametern und Marktdaten. Die Verwendung von unternehmensspezifischen Daten und von nicht beobachtbaren Eingangsparametern wird so gering wie möglich gehalten. Für die Ermittlung kommen gemäß Solvency II-Rechnungsgrundlagen die drei Bewertungsverfahren marktbasierter Ansatz, einkommensbasierter Ansatz sowie kostenbasierter oder dem auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierenden Ansatz in Betracht.

Gemäß den Rechtsgrundlagen von Solvency II sind hiervon die folgenden Bilanzpositionen der VPV explizit ausgenommen, da gesonderte Bewertungsvorgaben vorliegen:

- Immaterielle Vermögenswerte
- Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, sofern nach der angepassten Equity-Methode bewertet
- Vt. Rückstellungen einschließlich der einforderbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen
- Latente Steuern

Die nachfolgende Tabelle stellt diejenigen Bilanzpositionen der VPV im Überblick dar, die mit alternativen Bewertungsmethoden bewertet werden:

Alternative Bewertungsmethoden	Bewertungslevel 3
Aktiva	
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	x
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	x
Anleihen (Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Schuldscheindarlehen)	x
Organismen für gemeinsame Anlagen (Spezialfonds)	x
Derivate	x
Sonstige Vermögenswerte	x
Passiva	
Rentenzahlungsverpflichtungen	x
Sonstige Verbindlichkeiten	x

Durch eine ständige Marktbeobachtung, regelmäßige Weiterbildung und Austausch mit Experten wird sichergestellt, dass die Bewertungsmodelle und Annahmen der Positionen der Stufe 3 den regulatorischen Anforderungen gemäß § 74 VAG genügen und der gängigen Praxis entsprechen. Neben den internen Validierungsmaßnahmen erfolgt ab dem Stichtag des 31.12.2016 eine regelmäßige Prüfung der Solvabilitätsübersicht und deren zugrunde liegenden Bewertungsansätze durch den Abschlussprüfer.

Im Folgenden werden die alternativen Bewertungsmethoden erläutert, die im Berichtszeitraum für die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der VPV zur Anwendung kamen:

Immobilien (außer zur Eigennutzung) [Grundstücke und Bauten]

Die Bewertung der Grundstücke und Gebäude erfolgt nach § 194 Baugesetzbuch gemäß §§ 17 – 20 Immobilienwertermittlungsverordnung. Die Gutachten werden in der Regel von einem internen Gutachter erstellt und jährlich aktualisiert. Nur bei außergewöhnlichen Marktgegebenheiten werden bei der Bewertung externe Gutachter hinzugezogen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Unter dieser Position sind direkt gehaltene Beteiligungen an Kommanditgesellschaften, die sich zwischenzeitlich in Abwicklung befinden, in geringer Höhe ausgewiesen. Als Zeitwert wird aufgrund der Wesentlichkeit das anteilige Kommanditkapital analog der Handelsbilanz angesetzt.

Anleihen

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen sowie Schuldscheindarlehen werden nicht an der Börse gehandelt. Die Preisbestimmung erfolgt daher grundsätzlich modellgestützt, in der Regel mithilfe der DCF-Methode durch externe Dienstleister. Die Kurse werden anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads berechnet, welche, falls vorhanden, aus börsengehandelten Papieren abgeleitet werden. Die Modelle werden von den externen Dienstleistern fortlaufend überwacht z. B. bezüglich etwaiger Anpassungen der Marktinputparameter.

Die VPV hält eine Ausleihung an einem verbundenen Unternehmen. Da diese Ausleihung nicht über die Börse gehandelt wird, erfolgt die Preisbestimmung über Modellberechnungen durch den externen Dienstleister. Das Modell wird bezüglich etwaiger Anpassungen der Marktinputparameter fortlaufend überwacht. Die Berechnung der Kurse erfolgt anhand von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Emittentenspreads, welche aus parametrischen Spreadkurven abgeleitet werden. Zusätzlich wird für dieses Papier über den Datenanbieter Bloomberg ein Modellkurs ermittelt, der vom externen Dienstleister ebenfalls zur Orientierung für die Kursberechnung herangezogen wird.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Kurse durchlaufen bei den externen Dienstleistern alle Vermögenswerte einen definierten Prüfungsprozess. Dieser Prüfungsprozess sieht u. a. den Vergleich der Kurse mit anderen Quellen vor und berücksichtigt tägliche Schwankungen und das Alter des Kurses.

Organismen für gemeinsame Anlagen [Investmentfonds]

Fonds werden mit dem NAV zum Stichtag bzw. dem letzten verfügbaren Wert angesetzt. Diese werden anhand der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften übermittelten Rücknahmewerte zum Stichtag ermittelt.

Derivate

Die Bewertung von Devisentermingeschäften ergibt sich aus der Differenz des aktuellen Terminkurses zum Stichtag im Vergleich zum vereinbarten Terminkurs.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Für die zugrunde gelegten Methoden, Grundlagen und Hauptannahmen der Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen mithilfe alternativer Bewertungsmethoden wird auf die Ausführungen im Kapitel D.3 verwiesen.

Sonstige Vermögenswerte/Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den „Sonstigen Vermögenswerten/Sonstigen Verbindlichkeiten“ sind verschiedene Bilanzpositionen zusammengefasst wie Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten, die verschiedenen aktiven Forderungspositionen, Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Geschäft sowie die weiteren passiven Verbindlichkeitspositionen. Die zusammengefassten Bilanzpositionen werden in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich nach HGB bewertet und angesetzt. Als Grundlage hierfür dient die Auslegungsentscheidung der BaFin für die „Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten außer versicherungstechnischen Rückstellungen – HGB vs. Solvency II“, die für die entsprechenden Bilanzpositionen eine Übernahme der handelsrechtlichen Werte in die Solvabilitätsübersicht als angemessen ansieht. Dies gilt insbesondere für Positionen, die wie bei der VPV einen kurzfristigen Charakter ohne festgelegten Zinssatz aufweisen und für die demzufolge keine Diskontierung vorgenommen werden muss. Abweichungen zum HGB-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden.

D.5 Sonstige Angaben

Kapitel D.1 bis D.4 enthalten alle wesentlichen Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Ergänzende Angaben sind nicht erforderlich.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziele, Politiken und Verfahren des Kapitalmanagements

Die VPV-Gruppe versteht sich als Konzern, dessen Einzelgesellschaften gesamthaft den Ertrag, die Liquidität sowie die Solvabilität beziehungsweise die Risikotragfähigkeit des Konzerns gewährleisten. Dabei sind Nachhaltigkeit des Geschäfts sowie Stabilität des Konzerns oberste Ziele. In der Unternehmenspolitik steht die Konzernsicht im Vordergrund, jedoch soll die Steuerung gewährleisten, dass die Einzelgesellschaften die Solvabilitätsanforderungen aus eigener Kraft erfüllen. Das übergeordnete strategische Ziel der VPV lautet: „Wir sind ein florierendes und unangreifbares Unternehmen“. Das Kapitalmanagement der VPV ist somit Bestandteil des konzernweiten Risikomanagements mit dem zentralen Ziel der dauerhaften Sicherung des Bestehens und der Unabhängigkeit des Unternehmens im Sinne der Geschäftsstrategie.

Die Geschäftsplanung erstreckt sich über drei Jahre. Innerhalb des Berichtszeitraums gab es keine wesentlichen Änderungen des Kapitalmanagements.

Klassifizierung der Eigenmittel nach Tiers und Anrechnungsfähigkeit zur Bedeckung der Kapitalanforderungen

Eigenmittel [TEUR]	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
31.12.2017	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	0	0	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	409	0	0	409
Ausgleichsrücklage	52.612	0	0	52.612
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital	0	0	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	58.134	0	0	58.134
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	58.134	0	0	58.134
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	58.134	0	0	58.134
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	58.134	0	0	58.134

Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) stehen 58.134 TEUR an Eigenmittel zur Verfügung. Die Eigenmittel sind als Tier 1 klassifiziert und damit vollständig anrechenbar.

Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung

Zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung (MCR) stehen 58.134 TEUR an Eigenmittel zur Verfügung. Die Eigenmittel sind als Tier 1 klassifiziert und damit vollständig anrechenbar.

Gegenüberstellung der Eigenmittel nach Solvency II und HGB

Eigenmittel [TEUR] 31.12.2017	Solvency II IST	HGB IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen		
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio [Kapitalrücklage]	409	5.239
Ausgleichsrücklage	52.612	
Gewinnrücklagen		8.900
Bilanzgewinn		0
Latente Netto-Steueransprüche	0	
Ergänzende Eigenmittel		
Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital	0	
Eigenmittel	58.134	19.252
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	58.134	
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	58.134	

In der vorliegenden Gegenüberstellung der Eigenmittel nach Solvency II und HGB resultiert der Unterschied zwischen dem Eigenkapital gemäß HGB und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß Solvency II im Wesentlichen aus der Umbewertung von Buchwert zu Marktwert der Kapitalanlagen und der vt. Verbindlichkeiten, die sich in den Tier 1 Eigenmitteln widerspiegelt.

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)

Das Grundkapital entspricht dem eingezahlten gezeichneten Kapital und ist eingeteilt in 5.113.000 Namensaktien im Nennbetrag von je 1,00 EUR. Alleiniger Anteilseigner ist die VPV-Holding.

Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio [Kapitalrücklage]

Ausgewiesen ist ein in der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB enthaltenes Agio i. H. v. 409 TEUR.

Die in der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB ebenfalls enthaltenen anderen Zuzahlungen i. H. v. 4.830 TEUR sind in der Solvenzübersicht in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Gewinnrücklagen

In der Handelsbilanz ist die gesetzliche Rücklage in voller Höhe von 102 TEUR dotiert. Die anderen Gewinnrücklagen betragen 8.798 TEUR zum 31.12.2017.

Beide Positionen finden bei den Eigenmitteln in der Solvenzübersicht keinen separaten Ansatz, sondern sind in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Ausgleichsrücklage

Bei der Ausgleichsrücklage gemäß Artikel 70 Delegierten Verordnung handelt es sich in der Solvenzübersicht um den Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzgl. der bereits erfassten anderen Basiseigenmittelbestandteile Grundkapital und Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB.

Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden zwischen der Solvenz- und Handelsbilanz zusammen, die aus höheren Zeitwerten bei den Kapitalanlagen, der Berücksichtigung der Finanzrückversicherung sowie geringeren vt. Verpflichtungen resultieren. Des Weiteren gehen aktive und passive latente Steuern in die Ausgleichsrücklage mit ein. Die detaillierten Bewertungsunterschiede sind im Kapitel D aufgeführt.

Die Ausgleichsrücklage unterliegt als ökonomische Stichtagsgröße Schwankungen, die sich sowohl kurzfristig als auch langfristig einstellen können. Die Auswirkungen können sich von unwesentlichen Veränderungen bis hin zu signifikanten Belastungen etwa im Zuge eines 200-Jahresereignisses erstrecken. Die ursächlichen Risiken sowie deren Kontrolle und Steuerung sind umfangreich im Kapitel C zum Risikoprofil aufgeführt. Die wesentlichen Instrumente innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts sind dabei Studien zum ALM, die SAA, das Limitsystem und der ORSA-Prozess.

Latente Netto-Steueransprüche

Nach Saldierung der latenten Steuern besteht im Berichtsjahr kein Aktivüberhang.

Veränderung der Eigenmittel im Berichtszeitraum

Eigenmittel [TEUR]	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Summe
31.12.2016	IST	IST	IST	IST
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	5.113	0	0	5.113
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	409	0	0	409
Ausgleichsrücklage	50.245	0	0	50.245
Latente Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Ergänzende Eigenmittel				
Nicht eingezahltes und einforderbares Grundkapital	0	0	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	55.767	0	0	55.767
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.767	0	0	55.767
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	55.767	0	0	55.767
davon Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	55.767	0	0	55.767

Im Vergleich zum Vorjahr liegen keine Veränderungen hinsichtlich der Aufteilung der Eigenmittel auf die Tiers vor. Die VPV verfügt weiterhin ausschließlich über Tier 1 Eigenmittel. Innerhalb des Tier 1 bestehen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ausschließlich in der Ausgleichsrücklage. Dabei erhöht sich der Überhang der Assets über die Verbindlichkeiten um 2.367 TEUR und damit um weniger als 5% der Eigenmittel.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufschlüsselung Solvenzkapitalanforderung nach Risikomodulen

SCR [TEUR]	31.12.2017 IST	31.12.2016 IST
Marktrisiko	8.736	8.278
Gegenparteausfallrisiko	868	899
Lebensversicherungstechnisches Risiko	11	12
Krankenversicherungstechnisches Risiko	7.075	12.163
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	29.528	31.935
Diversifikation	-11.700	-15.107
Risiko immaterieller Vermögenswerte	0	0
BSCR Brutto	34.518	38.179
Verlustausgleichsfähigkeit vt. Rückstellungen	0	0
BSCR Netto	34.518	38.179
Operationelles Risiko	1.574	1.630
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-10.664	12.566
SCR	25.427	27.242

Das vt. Risiko dominiert das Risikoprofil der VPV. Innerhalb des vt. Risikos Nicht-Leben ist dabei das Naturkatastrophenrisiko maßgeblich. Im Bereich Kranken ist der größere Anteil durch das Prämien- und Reserverisiko gegeben.

Das Spread- und das Zinsanstiegsrisiko sind aufgrund des hohen Anteils festverzinslicher Titel die wesentlichen Risikotreiber innerhalb des Marktrisikos.

Die Standardformel basiert auf dem 99,5% Quantil. Dieses bedeutet, dass die Ruinwahrscheinlichkeit für das Folgejahr maximal 0,5% beträgt, oder anders ausgedrückt, dass eine technische Sicherheit von 99,5% dafür garantiert wird, dass alle im Folgejahr anfallenden Zahlungsverpflichtungen inkl. der Folgeverpflichtungen bedient werden können.

Die Berechnung des SCR erfolgte gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2016/467. Der endgültige Betrag des SCR unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Angaben zu vereinfachten Berechnungen je Risikomodul und Untermodul

Es werden für die Risikomodule und -submodule keine vereinfachten Berechnungen angewandt.

Angaben zur Verwendung unternehmensspezifischer Parameter in der Standardformel

Es werden keine unternehmensspezifischen Parameter in der Standardformel verwendet.

Verwendete Inputs zur Berechnung der Mindestkapitalanforderung

MCR [TEUR]	31.12.2017 IST	31.12.2016 IST
MCR	6.696	6.810
Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen		
Berufsunfähigkeitsversicherung und proportionale Rückversicherung	4.295	1.955
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	16.291	15.952
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	3.034	1.887
Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	2.021	2.696

Das MCR bewegt sich nach Vorgaben der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) in einem Korridor von 25 % SCR bis 45 % SCR. Bei der Berechnung gehen neben der BE-Rückstellung auch die gebuchten Netto-Prämien der letzten zwölf Monate ein. Im Geschäftsjahr 2017 beträgt das MCR 6.696 TEUR und somit etwas mehr als 25 % des SCR.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Für das SCR ist ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 1.815 TEUR zu verzeichnen. Ursache sind hierfür der Rückgang des krankenversicherungstechnischen sowie nichtlebensversicherungstechnischen Risikos. Ein Haupttreiber ist die separate Betrachtung der VPV Vital Produkte im Bereich der Krankenversicherung. Im Vorjahr wurde der Anteil der noch nicht eingetretenen Rentenfälle noch innerhalb des Bereichs Kranken nach Art der Nichtleben erfasst. Durch die separate Betrachtung ergeben sich nunmehr angepasste Annahmen hinsichtlich der SCR-Berechnung gemäß der Standardformel. Für das MCR bestehen keine wesentlichen Änderungen im Berichtszeitraum.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen

Bei der Berechnung der Solvenzanforderung für das Untermodul Aktienrisiko wird kein durationsbasierter Ansatz gewählt.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Berechnungen erfolgen nach der Standardformel. Es wird kein internes Modell verwendet.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die aufsichtsrechtliche Bedeckung in Form der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und der Mindestkapitalanforderung (MCR) wird zum Berichtszeitpunkt und während des Berichtszeitraumes stets eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Alle wesentlichen Informationen zum Kapitalmanagement sind in den Kapiteln E.1 bis E.5 enthalten.

Anhang

	Solvabilität- II-Wert
	C0010
Vermögenswerte	
Immaterielle Vermögenswerte	R0030 0
Latente Steueransprüche	R0040 1.544
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060 0
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070 93.500
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080 400
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090 0
Aktien	R0100 5.581
Aktien – notiert	R0110 5.581
Aktien – nicht notiert	R0120
Anleihen	R0130 79.619
Staatsanleihen	R0140 22.155
Unternehmensanleihen	R0150 57.464
Strukturierte Schuldtitel	R0160
Besicherte Wertpapiere	R0170
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180 5.154
Derivate	R0190 196
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200 2.550
Sonstige Anlagen	R0210
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220
Darlehen und Hypotheken	R0230
Policendarlehen	R0240
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270 11.509
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280 2.270
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290 1.255
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300 1.015
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310 9.239
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320 9.239
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340
Depotforderungen	R0350
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360 1.649
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370 9.652
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380 199
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410 2.761
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420 0
Vermögenswerte insgesamt	R0500 120.815

	Solvabilität- II-Wert
	C0010
Verbindlichkeiten	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510 28.115
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520 22.482
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530
Bester Schätzwert	R0540 20.580
Risikomarge	R0550 1.902
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560 5.633
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570
Bester Schätzwert	R0580 5.310
Risikomarge	R0590 323
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600 14.517
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610 14.432
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620
Bester Schätzwert	R0630 11.529
Risikomarge	R0640 2.903
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650 85
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660
Bester Schätzwert	R0670 80
Risikomarge	R0680 5
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700
Bester Schätzwert	R0710
Risikomarge	R0720
Eventualverbindlichkeiten	R0740
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750 860
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760 625
Depotverbindlichkeiten	R0770 167
Latente Steuerschulden	R0780 11.913
Derivate	R0790
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820 1.640
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830 253
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840 4.535
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880 55
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900 62.681
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000 58.134

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (I)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090
Gebuchte Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110		9.680					33.909	9.056	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120		0					0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130									
Anteil der Rückversicherer	R0140		732					3.515	1.762	
Netto	R0200		8.948					30.394	7.294	
Verdiente Prämien										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210		9.681					33.527	9.068	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220		0					0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230									
Anteil der Rückversicherer	R0240		732					3.515	1.762	
Netto	R0300		8.949					30.011	7.306	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310		725					15.927	3.002	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320		0					0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330									
Anteil der Rückversicherer	R0340		-739					3.776	1.036	
Netto	R0400		1.464					12.151	1.966	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen										
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410		-4					1	-3	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420		0					0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430									
Anteil der Rückversicherer	R0440		0					0	0	
Netto	R0500		-4					1	-3	
Angefallene Aufwendungen	R0550		4.649					18.560	5.327	
Sonstige Aufwendungen	R1200									
Gesamtaufwendungen	R1300									

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (III)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
		Rechtsschutz- versicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110			27					52.672
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120			0					0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140			0					6.010
Netto	R0200			27					46.663
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210			26					52.302
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220			0					0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240			0					6.010
Netto	R0300			26					46.293
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310			5					19.659
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320			0					0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340			0					4.073
Netto	R0400			5					15.585
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410			0					-6
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420			0					0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430								
Anteil der Rückversicherer	R0440			0					0
Netto	R0500			0					-6
Angefallene Aufwendungen	R0550			0					28.536
Sonstige Aufwendungen	R1200								851
Gesamtaufwendungen	R1300								29.387

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene -versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	2.468				0	0			2.468
Anteil der Rückversicherer	R1420	983				0	0			983
Netto	R1500	1.485				0	0			1.485
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	1.432				0	0			1.432
Anteil der Rückversicherer	R1520	892				0	0			892
Netto	R1600	541				0	0			541
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	637				632	6			1.275
Anteil der Rückversicherer	R1620	83				444	0			527
Netto	R1700	555				187	6			748
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen										
Brutto - Direktes Geschäft und übernommene Rückversicherung	R1710	6				0	0			6
Anteil der Rückversicherer	R1720	0				0	0			0
Netto	R1800	6				0	0			6
Angefallene Aufwendungen	R1900	948				124	0			1.072
Sonstige Aufwendungen	R2500									0
Gesamtaufwendungen	R2600									1.072

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (I)

		Herkunfts- land	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Nichtlebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunfts- land	
			C0010	C0020	C0030	C0040	C0050		C0060
	R0010								
			C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	52.672							52.672
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	0							0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130	0							0
Anteil der Rückversicherer	R0140	6.010							6.010
Netto	R0200	46.663							46.663
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	52.302							52.302
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	0							0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230	0							0
Anteil der Rückversicherer	R0240	6.010							6.010
Netto	R0300	46.293							46.293
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	19.659							19.659
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	0							0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330	0							0
Anteil der Rückversicherer	R0340	4.073							4.073
Netto	R0400	15.585							15.585
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	-6							-6
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420	0							0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430	0							0
Anteil der Rückversicherer	R0440	0							0
Netto	R0500	-6							-6
Angefallene Aufwendungen	R0550	28.536							28.536
Sonstige Aufwendungen	R1200								851
Gesamtaufwendungen	R1300								29.387

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (II)

	Herkunfts- land	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Lebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunfts- land	
		C0150	C0160	C0170	C0180	C0190		C0200
	R1400	 	 	 	 	 	 	
		C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280
Gebuchte Prämien								
Brutto	R1410	2.468						2.468
Anteil der Rückversicherer	R1420	983						983
Netto	R1500	1.485						1.485
Verdiente Prämien								
Brutto	R1510	1.432						1.432
Anteil der Rückversicherer	R1520	892						892
Netto	R1600	541						541
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto	R1610	1.275						1.275
Anteil der Rückversicherer	R1620	527						527
Netto	R1700	748						748
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto	R1710	6						6
Anteil der Rückversicherer	R1720	0						0
Netto	R1800	6						6
Angefallene Aufwendungen	R1900	1.072						1.072
Sonstige Aufwendungen	R2500	 	 	 	 	 	 	0
Gesamtaufwendungen	R2600	 	 	 	 	 	 	1.072

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (I)

	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversiche- rungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsver- pflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversiche- rungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensver- sicherung außer Krankenver- sicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0050	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien C0070
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Beste Schätzwert										
Beste Schätzwert (brutto)										
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen										
Beste Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt										
Risikomarge										
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Beste Schätzwert										
Risikomarge										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt										
								80		80
								80		80
								5		5
								85		85

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (II)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge**Bester Schätzwert****Bester Schätzwert (brutto)**

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Risikomarge**Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen**

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
R0010						
R0020						
R0030			7.603	3.926		11.529
R0080			7.254	1.985		9.239
R0090			350	1.941		2.290
R0100	1.664			1.239		2.903
R0110						
R0120						
R0130						
R0200	9.267			5.165		14.432

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (Ia)

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
	Krankheits- kosten- versicherung	Einkommens- ersatzver- sicherung	Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahrzeug- haftpflicht- versicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung	Feuer- und andere Sach- versicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010								
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge									
Bester Schätzwert									
Prämienrückstellungen									
Brutto	R0060	-840					7.693	-80	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0140	36					-1.021	-252	
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150	-877					8.715	171	
Schadenrückstellungen									
Brutto	R0160	6.151					9.730	3.237	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0240	979					2.154	374	
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250	5.171					7.577	2.863	
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260	5.310					17.424	3.157	
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270	4.295					16.291	3.034	
Risikomarge	R0280	323					1.560	342	
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen									
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0290								
Bester Schätzwert	R0300								
Risikomarge	R0310								

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (Ib)

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
R0320	5.633					18.983	3.499	
R0330	1.015					1.132	123	
R0340	4.617					17.851	3.376	

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (IIa)

	Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nicht-proportionale Kranknrückversicherung	Nicht-proportionale Unfallrückversicherung	Nicht-proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		Nicht-proportionale Sachrückversicherung
	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet								
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge								
Bester Schätzwert								
Prämienrückstellungen								
Brutto			0					6.772
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen								-1.237
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen			0					8.009
Schadenrückstellungen								
Brutto			0					19.118
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen								3.507
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen			0					15.611
Bester Schätzwert gesamt – brutto			0					25.890
Bester Schätzwert gesamt – netto			0					23.620
Risikomarge			0					2.224
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen								
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet								
Bester Schätzwert								
Risikomarge								

Versicherungstechnische Rückstellungen–Nichtlebensversicherung (IIb)

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt
Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nicht-proportionale Krankenrückversicherung	Nicht-proportionale Unfallrückversicherung	Nicht-proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	Nicht-proportionale Sachrückversicherung	
C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
		0					28.115
		0					2.270
		0					25.845

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/
Zeichnungsyear

Z0010	Accident year [AY]
--------------	--------------------

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
(absoluter Betrag)

	Jahr	Entwicklungsjahr										im laufenden Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)			
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9			10 & +	C0170	C0180
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100			C0110		
Vor	R0100											50.950	R0100	50.950	50.950	
N-9	R0160	10.950	4.679	1.069	266	129	43	161	133	38	32		R0160	32	17.500	
N-8	R0170	11.407	4.663	964	385	111	63	30	0	0			R0170	0	17.624	
N-7	R0180	11.419	4.873	655	231	73	31	4	2				R0180	2	17.289	
N-6	R0190	11.024	5.788	754	327	-13	18	-3					R0190	-3	17.894	
N-5	R0200	11.974	5.540	1.277	452	31	14						R0200	14	19.289	
N-4	R0210	10.757	10.526	1.458	333	-28							R0210	-28	23.046	
N-3	R0220	11.800	6.382	912	99								R0220	99	19.193	
N-2	R0230	12.090	6.637	1.038									R0230	1.038	19.765	
N-1	R0240	11.029	6.040										R0240	6.040	17.069	
N	R0250	11.168											R0250	11.168	11.168	
													Gesamt	R0250	11.168	11.168
													Gesamt	R0260	69.314	230.787

Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen
(absoluter Betrag)

		Entwicklungsjahr										Jahresende (abgezinste Daten)		
Jahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +	C0360	
		C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300		
Vor	R0100											68	R0100	33
N-9	R0160									86	55		R0160	55
N-8	R0170								58	35			R0170	35
N-7	R0180							141	106				R0180	107
N-6	R0190						1.163	49					R0190	50
N-5	R0200					533	421						R0200	424
N-4	R0210				1.606	265							R0210	266
N-3	R0220			3.658	767								R0220	768
N-2	R0230		3.539	1.542									R0230	1.546
N-1	R0240	12.457	3.487										R0240	3.493
N	R0250	12.311											R0250	12.340
												Gesamt	R0260	19.118

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)

Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen

Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit

Überschussfonds

Vorzugsaktien

Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio

Ausgleichsrücklage

Nachrangige Verbindlichkeiten

Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche

Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können

Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	5.113	5.113			
R0030	409	409			
R0040					
R0050					
R0070					
R0090					
R0110					
R0130	52.612	52.612			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	58.134	58.134			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	58.134	58.134			0
R0510	58.134	58.134			
R0540	58.134	58.134	0	0	0
R0550	58.134	58.134	0	0	
R0580	25.427				
R0600	6.696				
R0620	228,6%				
R0640	868,2%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060
R0700	58.134
R0710	
R0720	
R0730	5.522
R0740	
R0760	52.612
R0770	1.527
R0780	877
R0790	2.403

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen	USP
	C0110	C0120	C0090
Marktrisiko	R0010 8.736		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020 868		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030 11		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040 7.075		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050 29.528		
Diversifikation	R0060 -11.700		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070 0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100 34.518		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

	C0100
Operationelles Risiko	R0130 1.574
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140 0
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150 -10.664
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200 25.427
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210
Solvenzkapitalanforderung	R0220 25.427
Weitere Angaben zur SCR	
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (I)

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010		
MCR _{NL} -Ergebnis	R0010	6.640		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	4.295	8.948	
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	16.291	33.527	
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	3.034	7.294	
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	0	27	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (II)

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040		
MCR _L -Ergebnis	R0200	55		
			C0050	C0060
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	350	 	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	0	 	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230		 	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	2.021	 	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250	 	 	

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	6.696
SCR	R0310	25.427
MCR-Obergrenze	R0320	11.442
MCR-Untergrenze	R0330	6.357
Kombinierte MCR	R0340	6.696
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3.700
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	6.696

